

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

7-2021

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe September-Oktober 2021

Redaktionsnotiz.....	4
Zur Einstimmung.....	4
<i>Kevin Guevara</i> : Offener Brief an meine Nachbarin.....	4
Die Grenzsicherung der DDR.....	11
<i>G.H.</i> : Seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik: Klassenkampf.....	11
<i>Redaktion offen-siv</i> : 27 DDR-Grenzsoldaten wurden im Dienst ermordet.....	12

Der deutsche Imperialismus.....	15
<i>Karl Liebknecht</i> : Imperialismus und Krieg oder Sozialismus und Frieden.....	15
<i>Karsten Schönsee</i> : Die Widersprüche unter den Imperialisten verschärfen sich.....	16
Die Hochwasserkatastrophe.....	17
<i>Gregor Lenßen</i> : Mindestens 160 Tote und eine zerstörte Infrastruktur. Trauer und Wut in der Eifel.....	17
<i>Kommunistische Organisation</i> : Auch wenn alle Dämme brechen – dieser Staat rettet uns nicht!.....	22
<i>Partei der Arbeit Österreichs</i> : Über „grünes Wachstum“ und die Umwelt: Profitbasierte Entwicklung und Umweltschutz sind unvereinbar.....	25
Kuba.....	27
<i>Botschaft der Republik Kuba in Deutschland</i> : Presseerklärung vom 27. Juli 2021.....	27
<i>Redaktion offen-siv</i> : Weitere Stärkung des privaten Wirtschaftssektors in Kuba.....	30
Peru.....	33
<i>Kevin Guevara</i> : Wahlen in Peru.....	33
Demokratische Volksrepublik Korea.....	41
<i>ZK der Arbeiterpartei Koreas</i> : Presseerklärung vom 10. August 2021.....	41
<i>Kim Jong Il</i> : Einige Probleme zum Verständnis der Juche- Ideologie.....	43
China.....	49
<i>Hermann Jacobs</i> : China – und eine Position der DKP.....	49
Sommercamp der KO.....	49
<i>Kommunistische Organisation</i> : Sommercamp 2021.....	54
MLPD.....	59
<i>Heinz Ahlreip</i> : „Gefährder“ Stefan Engel.....	59
<i>Gregor Lenßen</i> : Replik auf den Artikel „Gefährder‘ Stefan Engel“ in DRF August 2021 von Heinz Ahlreip.....	60
<i>Heinz Ahlreip</i> : „Neue Politiker braucht das Land“ – sagt die MLPD.....	61

Zur Bundestagswahl.....	63
<i>Redaktion offen-siv</i> : Am 26. September wird ein neuer Bundestag gewählt.....	63
Aus der Leser/innen-Post.....	64
<i>Vitali Kovel (aus Gorki, Russland)</i> : ...viel Interessantes.....	64
<i>E.Rasmus</i> : Brücke im taktischen Sinne.....	66
<i>Hermann Jacobs</i> : Zur allgemeinen Bedeutung Stalins für die Geschichte der Menschheit. Zu: Handheft des Agitators, offen-siv 5-2021.....	67
<i>Vitali Kovel</i> : Nicht nur eine wirtschaftliche Grenze, sondern auch eine ideologische Grenze.....	70

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Es gibt unendlich viele Baustellen, Unklarheiten, auch Differenzen, dazu historische und aktuelle Entwicklungen ...

Wir können uns nicht allen Bereichen zuwenden, sondern mussten nach Können und Vermögen einige auswählen. Es ist trotzdem ein ziemlich „wildes“ Heft entstanden, das viele Themen behandelt: Antikommunistische Vorurteile, die Grenzsicherung der DDR, den deutsche Imperialismus, das Hochwasser, Kuba, Peru, Korea, China, das Sommercamp der Kommunistischen Organisation, die MLPD, die anstehende Bundestagswahl und die Beiträge unserer Leser. Letztere sind sehr dicht und inhaltsreich.

Wir wünschen Euch anregende und interessante Lektüre.

Und vergesst bitte unser Spendenkonto nicht.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Zur Einstimmung

Kevin Guevara: Offener Brief an meine Nachbarin

Anfang des Jahres ging ich mit einem Genossen aus der SDAJ in einer Stadt in NRW Unterschriften für die Zulassung der DKP zur Bundestagswahl sammeln. In direkter Nachbarschaft begegneten wir eine Nachbarin, die zwei Häuser weiter von mir entfernt wohnt. Auch sie sprachen wir an und erfuhren, dass sie in der DDR geboren wurde und noch als Kind von dort geflohen sei.

Obwohl ich sie bereits jahrelang kenne und mit einer ihrer Töchter sogar in dieselbe Grundschulklasse gegangen bin, war mir dieser Teil ihres Lebens gänzlich unbekannt.

Sie war nicht bereit zu unterschreiben, da ihr sogar die Linkspartei bereits „zu links“ sei. Natürlich bekamen wir zu hören, was für ein Leid ihr doch widerfahren sei und dass ihre Eltern von der Stasi verfolgt und sogar hätten verhaftet werden sollen. Der antifaschistische Schutzwall war Thema und kurz schnitten wir Hongkong und auch Nepal an, da sie bezüglich zweiterem in einer Art Verein tätig ist.

Ich schrieb ihr im Anschluss folgenden Brief, in dem ich auf einzelne Punkte ihrer Argumentation einging, Fakten nannte und bei Gelegenheit den Vergleich zur BRD zog.

Ich hoffe, mein Brief ist auch bildungstechnisch und agitatorisch für die Genossinnen und Genossen hilfreich, die oft mit ähnlichen Vorwürfen konfrontiert werden.

Liebe Nachbarin,

unser letztes kurz geführtes Gespräch schätze ich sehr, weil wir uns lange nicht mehr ausgetauscht haben und ich vieles von dir erfahren habe, wovon ich bisher nichts wusste.

Zum Hintergrund der heutigen Aktion: Für die Wahlzulassung müssen Parteien wie die DKP tausende von Unterschriften bundesweit sammeln um für diese zugelassen zu werden. Eine recht antidemokratische Vorschrift besonders während der Pandemie, wie viele richtigerweise finden.

Ich bin nun fast zwei Jahre in der SDAJ aktiv, einem Jugendverband mit Nähe zur Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Dazu bin ich Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). All dies ist jedoch kein Zufall, sondern das Ergebnis jahrelanger Findung.

Die Befreiung der Arbeiterklasse und der Völker der Welt von ihren Ketten ist mein Hauptanliegen ganz nach der Parole „Dem Volke dienen“. Die Alternative zur kapitalistischen Barbarei ist der Sozialismus und die DDR nimmt dabei eine besondere Rolle ein als der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden. Sie ist die größte Errungenschaft der revolutionären Arbeiterbewegung in unserem Land.

Nun war sie nicht frei von Fehlern und freilich geschah hier und da auch mal Unrecht, keine Frage. Was ich jedoch öfter beobachten konnte ist, dass viele Menschen davon ausgehen, man würde nicht aus diesen lernen und sei dazu verdammt sie zu wiederholen. Eine bedauernswerte Einstellung wie ich finde.

Ich würde jetzt auf vier von dir spezifisch angesprochenen Punkte eingehen. Dies ist kein Versuch dich umzustimmen, sondern lediglich eine Einladung die andere Seite der Medaille zu betrachten und die eigenen Ansichten kritisch zu hinterfragen.

Der erste wäre die Verfolgung von Reaktionären in der DDR und Revolutionären in der BRD. Dabei gehe ich von einer materialistischen Ansicht auf den Staat aus als das Instrument der herrschenden Klasse. So haben die Überwachung und Repression im Sozialismus einen ganz anderen Charakter als im Kapitalismus. Die Notwendigkeit dessen ist mir in beiderlei Hinsicht bewusst. Der eine schützt die Interessen der Arbeiterklasse und Werktätigen, der andere die der Monopolbourgeoisie. Ich kenne den Hintergrund der Verfolgung deiner Familie nicht, was jedoch nicht zu wichtig ist. Hatte man nichts zu verbergen, so brauchte man in sozialistischen Ländern sich auch keine Sorgen machen, in der Regel. Es bestand freilich die Möglichkeit, unschuldig Opfer von Repression zu werden, was jedoch weit entfernt der Norm war. Der Mutter einer sehr guten Freundin widerfuhr tragischerweise solch ein Leid, dabei verlor sie jedoch nicht das große Ganze aus den Augen und verfiel nicht in Individualismus.

So wie es eine Minderheit an vermeintlichen und tatsächlichen Opfern gab, so gab es eine große Mehrheit, die kurz vor der „Wende“ und auch Jahrzehnte nach der Konterrevolution, trotz der schmutzigen Propagandaschlacht hinter ihrem Arbeiter- und Bauernstaat stand. Die blühenden Landschaften blieben aus und heute ist Ostdeutschland einer der ärmsten Landstriche Europas.

Den meisten anderen ehemaligen real-sozialistischen Ländern erging es noch weitaus schlimmer und sie haben sich wirtschaftlich sowie lebensstandart-technisch sogar nach über dreißig Jahren nicht erholt. Viele meiner Genossen, Arbeitskollegen, Bekannten und Freunde kommen aus dem Ostblock und in der Regel wird hauptsächlich und fast ausschließlich nur Gutes erzählt. Die meisten kamen in den 90er Jahren rüber, weil sie keine Perspektive mehr in ihrer Heimat hatten.

Wenn man sich das Sündenregister der Bundesrepublik anschaut so kann einem die Kinnlade runterfallen. Vom verfassungswidrigen FDJ/KPD-Verbot, Radikalenerlasse bis hin zur Verfolgung von Kommunisten und fortschrittlichen Kräften bis zum heutigen Tage. So habe ich eine Statistik vorliegen die bezeugt, dass zwischen 1951 bis 1967 ganze 6900 Kommunisten von der Klassenjustiz der BRD verurteilt wurden und im selben Zeitraum zum Vergleich satte 961 NS-Täter. Das sind 7-mal so viele auf Seiten der Kommunisten! Sicher würden die Zahlen weitaus höher liegen, würde man zeitlich weitergehen. Über die Entnazifizierung in der Westzone muss ich nicht referieren.

Und wie sieht es heute aus? Da kann ich einiges aus eigenem direktem Erleben berichten. So schikaniert mich dieser Staat, wegen des Zeigens meiner Parteifahne und leitete ein Ermittlungsverfahren ein. Dazu schrieb bereits ich einen Artikel. Anderes Beispiel: bei der Demo zu Friedrich Engels` Geburtstag bedrängten keine 5 Meter vor mir die Staatsmacht andere Genossen, die sich tapfer zur Wehr setzten. Das Ergebnis war eine Prügelei mit dem Schlägertrupp des Kapitals, welche tatsächlich durch die Solidarität der Anwesenden den Kürzeren zogen.

Bei der diesjährigen LLL-Demo in Berlin kam es zu sehr ähnlichen Bildern als die Polizei gewaltvoll die angeblich verbotenen FDJ-Symbole einkassieren wollte. Das Ergebnis waren viele zum Teil ernsthaft verletzte, verhaftete und mit Strafverfahren überzogene Genossen. Darunter Minderjährige und selbst ein Rollstuhlfahrer. Das ich diesmal nicht direkt betroffen war ist der Tatsache geschuldet, dass ich zuhause blieb und die Demo per Liveübertragung verfolgte.

Nicht vergessen ist der TKP/ML Prozess 2020 in München, in dem türkische Kommunisten lediglich wegen ihrer Mitgliedschaft zu hohen Haftstrafen verknackt wurden.

Aus älterer Vergangenheit sei die Verfolgung von ehemaligen Kundschaftern und Grenzern der DDR erwähnenswert. Infiltrierung und Überwachung durch den Verfassungsschutz (der gerne Neonazis deckt und finanziert) und Hausdurchsuchungen gehören ebenfalls zur gelebten Praxis.

Das ist kein nur in Deutschland anzutreffendes Phänomen, sondern ist auch in fast jedem anderen kapitalistischen Land anzutreffen. In den Ländern der

offen terroristischen Diktatur des Finanzkapitals erreicht die Repression ein neues Ausmaß, wo von Folter bis Mord alles dabei ist. So sind Revolutionäre oft gezwungen, in den bewaffneten Kampf zu ziehen, nicht nur in Südamerika, auch bereits in Europa, man denke an den Donbass. Viele lassen ihr Leben, andere tragen Narben auf Lebzeiten.

Dabei kann ich die verzweifelten Versuche der Staatsmacht verstehen, uns Marxisten-Leninisten durch solche Maßnahmen klein zu kriegen, da einzig von uns eine wirkliche Bedrohung für diese Ausbeuterordnung ausgehen könnte. Jeden Tag sehe ich, warum sie hinfällig ist, ob in der Arbeit, in den zwischenmenschlichen Beziehungen, den gesellschaftlichen Umständen oder besonders deutlich in den semikolonialen Ländern. Dafür lohnt es sich zu kämpfen, zu leben und ist die Erinnerung an die DDR mit ihren unzähligen Errungenschaften motivierend.

Von vielen Rechten, die in der einzigen Verfassung verankert waren, die sich das deutsche Volk selbst gab, wie das auf Arbeit, kann man heute nur träumen. Soziale Sicherheit, Gleichheit und Frieden wurden großgeschrieben.

Heute gibt hingegen Hartz IV, Tafeln, Altersarmut, ein auf Profit orientiertes Gesundheitswesen, Bundeswehrauslandseinsätze und und und.

Kommen wir zum zweiten Punkt. Du bist mit deinen Eltern geflüchtet in den 70er Jahren und hattest laut eigener Aussage Glück, nicht dabei erwischt zu werden und nicht von Waffengewalt aufgehalten geworden zu sein, so habe ich das verstanden.

Nun gucken wir uns mehrere Faktoren an. Von den umgerechnet 3 Millionen „Geflüchteten“ haben dies 2/3 auf legaler Weise getan, von daher kann bei diesen nicht die Rede von Geflüchteten sein. Über die Gründe kann man diskutieren, ob von der westlichen Welt verführt, gezielt abgeworben mit zum Beispiel höheren Löhnen für Fachkräfte, wegen reaktionären Tätigkeiten oder der Nazivergangenheit. Schätzungsweise 500.000 kehrten später - manche von ihnen trotz Gefahr wegen Republikflucht verhaftet zu werden - in die DDR zurück. Viele durften auch nicht mehr in ihre alte Heimat zurückkehren, weil sie als wenig vertraulich eingestuft wurden. Besonders in den letzten Jahren war die Rückkehr mit hohen bürokratischen Hindernissen versehen.

Man darf auch nicht die rund eine Millionen Westdeutschen vergessen, die die BRD in Richtung DDR verließen.

Von dir wird aufgeführt, dass deine Eltern und du Glück hattet, dass kein Blei im Spiel war. Das hält dem Faktencheck nicht ganz stand, so wurde laut Schusswaffengebrauchsbestimmung erst nach Warnruf und Warnschuss gezielt geschossen. Auch wenn „die Personen den äußeren Eindruck nach im Kindesalter sind...gegen Jugendliche und weibliche Personen sind nach Möglichkeit Schusswaffen nicht anzuwenden“. Darunter würdest auch du und - wenn beteiligt - deine Mutter fallen. Wäre es anders gekommen, so hätten deine Eltern die Verantwortung für ihr Zu-Schaden-Kommen tragen müssen, da dies kein Kavaliersdelikt war und ihnen das definitiv bewusst war.

Gerne werden die ermordeten Grenzer, die Toten an der Westgrenze der BRD und nach der Annektierung der DDR auch an der Ostgrenze zu Polen von der bürgerlichen Presse bewusst ignoriert. Wer weiß heute noch vom Schießbefehl des Bundesgrenzschutzes? Wie ein Genosse mal sagte, der bei den Grenztruppen war, man solle das Grenzgesetz der DDR mit der des Bundesgrenzschutzes vergleichen und es würden sich viele Sachen ergeben, nämlich Wortgleichheit in den Bestimmungen.

Bei allen genannten Punkten soll gesagt sein, dass meinerseits viel Kritik an der DDR vorhanden ist und ich mir eine zweite bessere und ganz Deutschland umfassende wünsche.

Der dritte Punkt soll nur kurz ein paar Fakten zu den Ausschreitungen in Hongkong benennen. Dafür sollte erstmal klargestellt werden, dass Hongkong zur VR China gehört, was ja nicht selten verleugnet wird. Trotz kritischer Stellung zum Land der Mitte kann ich anti-chinesische Hetzte nicht abhaben. In unseren Medien werden die Proteste als fortschrittlich-demokratisch stilisiert und als Opfer der Repression der KPCh. Dass diese angeblich friedlichen Demonstranten mit äußerster Brutalität gegen die Staatsmacht und sich dem Festland verbundenen Chinesen vorgehen, ist bezeichnend. Dabei machten sie nicht vor Frauen und Senioren halt. So wurden manche bis zum Tode geprügelt oder in Brand gesteckt. Fahnen aus Zeiten der Kolonialzeit und des US-Imperialismus wurden geschwenkt, Pepe der Frosch als Symbol (der amerikanischen Alt-Right Bewegung) genutzt, der Nazi-Gruß gezeigt oder gar die Anreise ukrainischer Faschisten zu den Protesten organisiert.

Das alles wurde in den bürgerlichen Medien wie ZDF, Bild und Spiegel verschwiegen. Der dabei zugeführte Sachschaden war immens, nichts dagegen waren im Vergleich die Sachschäden bei der G20-Gegendemo, wo die Demonstranten als Randalierer beschimpft wurden und ebenfalls zu Haftstrafen verurteilt wurden. Aber Joshua Wong der Rädelsführer soll ja ein politisch Verfolgter sein, man siehe die Doppelmoral des Wertewestens. Er erhielt eine kürzere Haftstrafe als so mancher G20-Demonstrant.

Zum vierten und letzten Punkt: Nepal. Eine wie ich finde sehr interessante Thematik, mit der ich mich jedoch nicht ausreichend beschäftigt habe, um meine eigenen Schlüsse zu ziehen. Ich halte fest, dass die Maoisten dort erfolgreich den Volkskrieg geführt haben und für den Sturz des Königs die Hauptverantwortung tragen und ich diesen Prozess gutheiße, jedoch wurde die Revolution kurz vor dem Ziel von Prachandas Revisionismus verraten und eine bürgerliche Republik geschaffen. Die ökonomischen Erfolge seitdem darf man wiederum nicht außer Acht lassen.

Ich denke über die DDR werden wir uns aufgrund der tief sitzenden Emotionen nie einig werden, aber bei Interesse kann man sich gerne über Nepal austauschen.

Zum Ende hin bekräftige ich, dass dieser Brief **nicht persönlich**, sondern **rein ideologisch** gemeint ist. Auch hervorzuheben ist, dass ich ganz froh bin, Euch als Nachbarn zu haben. Für ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis muss man nicht unbedingt alle Ansichten teilen.

Dein roter Nachbar

„Die Dummheit der Kommunisten halte ich für kein Argument gegen den Kommunismus.“ Ronald Schernikau

„Der Unterschied zwischen der DDR und der Bundesrepublik ist der zwischen einem sauren und einem faulen Apfel.“ Peter Hacks

„Der Kommunismus ist wirklich die geringste Forderung. Das Allernächstliegende, Mittlere, Vernünftige.“ Bert Brecht

„Der Antikommunismus ist die Grundtorheit unserer Epoche.“ Thomas Mann

Die Grenzsicherung der DDR

G.H.: Seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik: Klassenkampf

Der Bonner Staat handelt als Rechtsnachfolger des 3. Reiches!

Seine und die Geheimdienste der Westalliierten führten von Westberlin aus einen offenen und einen subversiven Kampf, der in Umfang und Brutalität in Europa kein Gleichnis kennt. Von den Geheimdiensten initiierte und z.T. bezahlte Zentralen, Vereinigungen, Organisationen, Verlage, Rundfunkstationen usw. organisierten politisch-ideologische Diversion, Terror, Brandstiftung, Sabotage, Menschenhandel, um die antifaschistisch- demokratische Ordnung, dann den Staat der Arbeiter und Bauern durch Konterrevolution in die kapitalistische Ordnung zurückzuholen.

Wirtschaftsembargos, Abwerbung von Fachkräften, brain drain, Fluchtorganisation, Hetze und Lüge, Schüren von Angst, das waren Hauptlinien der Vorbereitung des Sturzes der Macht in der DDR.

Der Schutz der Staatsgrenzen zur Aufrechterhaltung der staatlichen Souveränität war daher EHRENDIENST. Jedem Grenzsoldaten, der diese Souveränität mit seinem Leben und seiner Gesundheit schützte, gebührt ewig Achtung.

Zu verurteilen ist die auch 2021 geübte Praxis, Verbrechen gegen den Frieden, gegen Leben und Gesundheit ... zu Heldentaten zu erklären.

Diese Praxis ist die Moral der Antikommunisten.

G.H., RFB, Der Rote Aufbau, August 2021, S. 7

Redaktion offen-siv: 27 DDR-Grenzsoldaten wurden im Dienst ermordet¹

Seit Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) bis 1990 wurden 27 DDR-Grenzpolizisten und DDR-Grenzsoldaten durch Flüchtlinge, Westdeutsche und US-Soldaten erschossen oder erstochen; die Tätergruppe der Flüchtlinge setzt sich zusammen aus Zivilisten, fahnenflüchtigen DDR-Soldaten und -Polizisten und einem fahnenflüchtigen Sowjetsoldaten. Ein Grenzschützer wurde noch vor Gründung der DDR erschossen.

Die meisten Todesopfer waren Auszubildende und Angehörige der VP und Grenztruppen der DDR. In der DDR waren einige der erschossenen Grenzsoldaten berühmt: Straßen, Plätze, Kasernen, Betriebe und Schulen wurden nach ihnen benannt.

Tatorte: acht Opfer gab es an der Berliner Mauer, ein Opfer an der Grenze zur CSSR, 18 Opfer an der Grenze zur BRD.

Täter: sechs DDR-Grenzer wurden von Westberlinern und Westdeutschen getötet (von vier Zivilisten, von einem BGS-Beamten und von einem Westberliner Polizisten). Drei Grenzer wurden von US-Soldaten getötet, ein Grenzer von einem fahnenflüchtigen Sowjetsoldaten, sieben Grenzer durch andere fahnenflüchtige DDR-Grenzer, zwei Grenzer durch desertierte NVA-Soldaten, vier Grenzer durch aus der DDR flüchtende Zivilisten, ein Grenzer durch einen Unbekannten.

Todesopfer

- Paul Sager, geb. unbekannt, ermordet 10.11.1948
- Gerhard Hofert, geb. 02.02.1924, ermordet 03.08.1949
- Fritz Otto, geb. 22.10.1923, ermordet 01.09.1949
- Siegfried Apportin, geb. 30.11.1930, ermordet 02.07.1950
von seinem fahnenflüchtigen Posten erschossen.

¹ Zusammenstellung der Daten durch die Redaktion offen-siv. Quellen: Der Rote Aufbau, ddr2.fandom.com

- Herbert Liebs, geb. 11.05.1929, ermordet 21.02.1951,
von US-Soldaten erschossen.
- Werner Schmidt, geb. 26.06.1929, ermordet 02.03.1951,
von US-Soldaten erschossen.
- Heinz Janello, geb. 11.12.1931, ermordet 02.03.1951,
von US-Soldaten erschossen.
- Rudolf Spranger, geb. 17.10.1921, ermordet 07.08.1951,
von einem Flüchtling erschossen.
- Manfred Portwich, geb. 07.05.1925, ermordet 27.10.1951,
bei einem Schusswechsel mit DDR-Flüchtlingen erschossen.
- Ulrich Krohn, geb. 28.08.1931, ermordet 16.05.1952,
als Postenführer von seinem desertierenden Posten erst niedergeschlagen,
dann erschossen.
- Helmut Just, geb. 02.07.1933, ermordet 30.12.1952,
von unbekanntem Tätern erschossen.
- Waldemar Estel, geb. 05.02.1932, ermordet 03.09.1956,
von einem spanischen Staatsbürger erschossen, den er festgenommen hatte.
- Jörgen Schmidtchen, geb. 28.06.1941, ermordet 18.04.1962,
von zwei fahnenflüchtigen NVA-Offiziersanwärtern erschossen.
- Manfred Weiss, geb. 01.12.1943, ermordet 19.05.1962,
von einem fahnenflüchtigen Posten erschossen.
- Peter Göring, geb. 28.12.1940, ermordet 23.05.1962,
bei einem Schusswechsel mit Westberliner Polizisten erschossen.
- Reinhold Huhn, geb. 08.03.1942, ermordet 18.06.1962,
von einem Fluchthelfer erschossen.
- Rudi Arnstadt, geb. 03.09.1926, ermordet 18.06.1962,
von einem Beamten des westdeutschen BGS erschossen.
- Siegfried Widera, geb. 12.02.1941, gestorben 08.09.1963,
von Flüchtenden am 23.08.1963 niedergeschlagen.

- unbekannter Volkspolizist, geb. unbekannt, ermordet 15.09.1964,
erschossen von einem Flüchtling an der CSSR-Grenze.
- Egon Schulz, geb. 04.01.1943, erschossen 05.10.1964,
irrtümlich erschossen von einem Kameraden beim Entdecken des Tunnels 57.
- Rolf Henniger, geb. 30.11.1941, ermordet 15.11.1968,
erschossen von dem flüchtenden Volkspolizisten Horst Körner.
- Lutz Meier, geb. 20.10.1948, gestorben 18.01.1972,
Suizid nach Schussverletzung durch einen flüchtenden Posten.
- Klaus-Peter Seidel, geb. 22.10.1954, ermordet 19.12.1975,
erschossen durch den fahnenflüchtigen NVA-Soldaten Werner Weinhold.
- Jürgen Lange, geb. 08.02.1955, ermordet 19.12. 1975,
erschossen durch den fahnenflüchtigen NVA-Soldaten Werner Weinhold.
- Holger Weihmann, geb. unbekannt, ermordet 14.07.1977,
von seinem im Anschluss geflüchteten Postenfürer erschossen.
- Ulrich Steinhauer, geb. 13.03.1956, ermordet 14.11.1980,
als Postenfürer von einem fahnenflüchtigen Posten erschossen.
- Klaus-Peter Braun, geb. 21.10.1958, ermordet 01.08.1981,
von einem fahnenflüchtigen Posten erschossen.
- Eberhard Knospe, geb. 12.05.1958, ermordet 05.05.1982,
von einem fahnenflüchtigen Posten erschossen.
- Uwe Dittmann, geb. 08.08.1964, ermordet 22.04.1985,
erschossen von einem fahnenflüchtigen GSSD-Soldaten, der sich danach auf
der Werra-Brücke selbst erschoss.
- Horst Hnidyk, geb. 01.06.1949, ermordet 03.08.1989,
erschossen von einem fahnenflüchtigen GSSD-Soldaten.

Der deutsche Imperialismus

Karl Liebknecht: Imperialismus und Krieg oder Sozialismus und Frieden

Was ist der Inhalt der Gegensätze, die bisher zum Kriege trieben und immer wieder treiben werden, solange sie bestehen? Die kapitalistische Weltkonkurrenz zwischen den verschiedenen staatlich zusammengefassten Interessengruppen, zwischen den verschiedenen imperialistischen Systemen um die Reichtümer (Rohstoffe, Arbeitskräfte, Absatzmärkte, Anlagegebiete) der Erde.

Also heben wir diese kapitalistische Konkurrenz auf, machen wir die Reichtümer der Erde zu einer gemeinsamen Angelegenheit der ganzen Menschheit! Ersetzen wir die kapitalistische Gesellschaft, die die Menschheit in Klassen und sich zerfleischende Räuberhorden auseinanderreißt, durch die sozialistische Gesellschaft, die die Menschheit versöhnt und zusammenschließt!

Diese Internationale der Zukunft, die triumphierende, zu schaffen, ist Aufgabe der Internationale der Gegenwart, der kämpfenden Internationale.

Das Mittel dazu ist die soziale Revolution, die allein nicht nur jetzt den Frieden bereiten, sondern auch die künftigen Kriegsursachen ausrotten kann.

Wer das Ziel will, muss das Mittel wollen.

Imperialismus und Krieg – oder Sozialismus und Frieden – kein Drittes gibt's.²

² Karl Liebknecht (April 1918) aus: Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften Band IX, Berlin/DDR, 1968, S. 484-485

Karsten Schönsee: Die Widersprüche unter den Imperialisten verschärfen sich

Zur Angst des BRD-Imperialismus vor der „De-Globalisierung“

Angesichts der Ausweitung des „Protektionismus“ in den Handelsbeziehungen der Großmächte USA und VR China, befürchtet die extrem exportorientierte BRD-Wirtschaft ins Hintertreffen beim Wettlauf um Rohstoffe und Marktanteile zu geraten. Diese Abkoppelungsstrategie stellt wohl die „größte Gefahr für das deutsche Exportmodell“³ dar. Denn das Volumen von Ex- und Importen entspricht gegenwärtig 88 Prozent des deutschen Bruttoinlandprodukts (BIP), während z.B. der Partner und Rivale USA nur 26 Prozent seines BIP im Ausland erwirtschaftet.

Das Kölner „Institut der deutschen Wirtschaft“ (IW) warnt in diesem Zusammenhang sogar vor einer „De-Globalisierung“ der Weltwirtschaft, die den BRD-Imperialismus „hart treffen“ werde.⁴ Manche warnen bereits vor weiteren „Handelskriegen“, die „deutsche Exporteure und Importeure“ zusätzlich „vor neue Hürden“ stellen wird. Daher erwartet das deutsche Kapital „zu Recht“ von den politischen Funktionsträgern (also dem deutschen Staat), dass dieser auch weiterhin die „Rahmenbedingungen für freien Handel“ sichern. Schließlich hängt „hierzulande jeder vierte Arbeitsplatz am Export“.⁵

Wie die internationalen (Wirtschafts-)Beziehungen aussehen und welche Rolle die sog. Globalisierung und die Integration (vor allem der Ökonomie) von Staaten hat, erläutert der Generalsekretär der Partei der Arbeit Koreas (PdAK), Kim Jong Un, in seinem Rechenschaftsbericht an den VII. Parteitag der PdAK (im Mai 2016):

„Auf dem internationalen Schauplatz entfalten sich gegenwärtig ernsthafte Gegensätze und Kämpfe zwischen den fortschrittlichen Völkern der Welt, die

3 Wie gefährlich Deutschlands Export-Abhängigkeit werden kann (handelsblatt.de vom 02.08.2021)

4 De-Globalisierung, Protektionismus und Krisen treffen deutsches Exportmodell hart (iwkoeln.de vom 02.08.2021)

5 Gefahr von Handelskriegen nicht gebannt (faz.net vom 23.07.2021)

die Souveränität und Würde ihres Landes und ihrer Nation verteidigen wollen und den imperialistischen reaktionären Kräften, die sich der Aggression und dem Krieg, der Gewaltherrschaft und Willkür verschreiben. Das Merkmal der gegenwärtigen internationalen Lage besteht darin, dass sich die Konflikte und Gegensätze zwischen den Großmächten um die Erweiterung ihrer Einfluss-sphäre weiter verschärfen [...]

Die „Globalisierung“ ist eine Weltherrschaftsstrategie der Imperialisten dafür, mit amerikanischen Wertvorstellungen ihren Hegemonialanspruch mühelos durchzusetzen. Alle die Souveränität anstrebenden Länder und Nationen sollten keine Erwartung und Illusionen über die hinterlistigen und doppelzün-gigen Intrigen und die betrügerische „Hilfe“ der Imperialisten hegen und ihre Eigenständigkeit und ihren Nationalcharakter bewahren.

Wir müssen für die Verwirklichung der echten internationalen Gerechtigkeit kämpfen.“⁶

Die Hochwasserkatastrophe

Gregor Lenßen: Mindestens 160 Tote und eine zerstörte Infrastruktur. Trauer und Wut in der Eifel

Es ist Mittwoch, der 14. Juni 2021. Den ganzen Tag regnete es, doch noch ahnte ich nicht, was auf uns zukommen sollte. Nach der Arbeit, zuhause angekommen, sind die Straßen bereits überflutet und der Strom abgestellt, doch wenigstens durchgekommen bin ich. Da ich Pendler bin und die Eifel bislang nicht gerade Schauplatz von Naturkatastrophen war, werde ich hellhörig, als sich die Nachbarn über den Gartenzaun hinweg darüber austauschen, dass der Stadtteil evakuiert werden könnte, wenn der Pegel an der Talsperre weiter steigen würde und viele schon abgerüst seien. Nun werde ich langsam nervös

6 Kim Jong Un, Rechenschaftsbericht des ZK der PdAK an den VII. Parteitag, Pyongyang, 2016, S. 96-99

und beginne im Dunkeln mit dem Smartphone als Behelfslampe mit dem Packen.

Um 4 Uhr in der Nacht werde ich dann von einer Lautsprecherdurchsage der Feuerwehr geweckt. Alle Einwohner sollen sich am Parkplatz eines Supermarktes einfinden. Wer nirgendwo anders hin könne, werde dort in einer Notunterkunft untergebracht. Ich fahre stattdessen zu Verwandten, die sicher auf einem Berg leben, oder was bis jetzt noch als sicher galt...

Ich sollte viel Glück haben: Die Talsperre hielt. In meiner Wohnung waren keine Schäden und auch mein Stadtteil blieb verhältnismäßig verschont. Anders sah es in den tiefer liegenden Regionen aus. Dort bot sich ein Bild des Grauens. Die auf ihr mehrfaches angeschwellenen kleinen Flüsse und sogar Bäche rissen neben Autos, Wohnwagen, Mauern, Häusern auch Menschen mit sich. Ortschaften, die ich seit meiner Kindheit kenne, wie Bad Neuenahr-Ahrweiler, Euskirchen, Iversheim, Adenau, Bad Münstereifel, Schuld, Insul, Ahrbrück, Mayschoss, Rech, Dernau und viele andere, sehen aus wie nach einem Flächenbombardement. 600 Kilometer Gleise und 80 Bahnstationen sind zerstört, nahezu alle Brücken über die Ahr sind weg. Junge Helfer sind traumatisiert von dem sich ihnen bietenden Anblick, die älteren müssen ihnen zur Seite stehen. Überall steht das bräunlich gefärbte Flusswasser, in das sich die Heizöltanks der weggeschwemmten Häuser ergossen haben. Auch Chemiebehälter sind mancherorts von den Wassermassen erfasst worden. In jedem der wie eiserne Särge liegen gebliebenen Fahrzeuge könnte sich noch ein Toter befinden, zum Glück konnten sich die meisten noch aus ihren Autos retten.

Das Ausmaß der Katastrophe ist kaum vorstellbar. Angenehm hingegen ist im Angesicht des Desasters die spontane Solidarität der Menschen, die sich auch gegenüber Wildfremden zeigt. Erfreut ist darüber auch die schnell herbeige-reiste Politprominenz, bestehend aus Merkel, NRW-Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Laschet (CDU) sowie Rheinland-Pfalz-Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD). In den zwischen Trümmern und bangenden Anwohnern anberaumten Pressekonferenzen verspricht die Polit-Prominenz schnelle, unbürokratische Hilfe. Klar, die wollen ja gerade gewählt werden. Einigen, die nun vor dem Ruin stehen, gibt es verständlicherweise Hoffnung, andere schüt-teln aber auch mit dem Kopf. Viele warme Worte für die selbstorganisierte Solidarität der Anwohner kommen auch von diesen konservativen Politikern,

die sonst so sehr darauf erpicht sind, die Vorteile der Marktwirtschaft und des Eigensinns für das vermeintliche Wohl aller herauszustellen.

Kritische Fragen

Bislang sind 160 Tote in Deutschland bekannt, hunderte werden noch vermisst. Im benachbarten Belgien starben mindestens 30. Wie die Times aus Großbritannien schreibt, hat das Europäische Hochwasser-Warnsystem (Efas) die Regierungen der Bundesrepublik und Belgiens vor Hochwasser vorgewarnt, dass es vor allem die Orte an der Erft und Ahr treffen würde, sowie Ortschaften wie Hagen und Altenahr in NRW⁷. Mindestens 24 Stunden im Voraus erfolgten diese Warnungen, dennoch starben bei der Lebenshilfe, einem Wohnheim für Behinderte in Sinzig direkt an der Ahr 12 Menschen, die sich nicht in höhere Stockwerke retten konnten, da die Wassermassen zu plötzlich kamen⁸! Die Linkspartei reagierte darauf bereits reflexartig, wie ein brave, systemtragende Oppositionspartei das eben so macht, mit der Forderung nach Rücktritt des Innenministers Horst Seehofer (CSU).

Aber mit dieser - zugestanden - inkompetenten Personalie allein ist es nicht getan, die Probleme liegen viel tiefer. So hat die BRD schon seit Ende des kalten Krieges die Zahl der Warnsirenen reduziert. Selbstgefällig im Glauben an die eigenen Unbesiegbarkeit sahen die Regierenden keine Notwendigkeit mehr für Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung, es gab ja durch die Konterrevolutionen keinen Feind mehr, der zurückschlagen könnte. Seit 1993 wurde die Zahl der Sirenen von 80.000 auf 40.000 reduziert und es gibt kein flächendeckendes System mehr zur Alarmierung der Bevölkerung⁹. Die verschiedenen Warntöne wurden in den Schulen kaum noch vermittelt. Die Natur interessierte sich nicht für diese Arroganz der Herrschenden. Die Internetinfrastruktur, die sich schon während der Pandemie für viele Schüler in ländli-

⁷ www.thetimes.co.uk/article/germany-knew-the-floods-were-coming-but-the-warnings-didnt-workcn99wjxzs. www.tagesspiegel.de/politik/monumentales-systemversagen-deutschland-wurde-praezise-gewarntdie-buerger-aber-nicht/27433034.html

⁸ www.radiobonn.de/artikel/zwoelf-menschen-in-wohnheim-fuer-behinderte-ertrunken-1010732.html

⁹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Zivilschutzsignale>

chen Regionen als unzureichend erwies, hat als Warninstrument ebenfalls versagt. Es bleibt das Radio, als einzig funktionierendes Medium wenn Strom und Netz weg sind, aber während der Katastrophe sendeten öffentlich-rechtliche und private Radiosender fröhlich weiter ihr Gedudel, statt die Bevölkerung in Dauerschleife zu warnen. Es wäre sicher ein leichtes, alle Sender zu verpflichten, im Katastrophenfall Warnmeldungen zu senden, es fehlt dazu lediglich der Wille.

Was tun gegen die Herausforderungen des Klimawandels?

Wie konnte es dazu kommen, dass harmlose kleine Flüsse und sogar kleine Bäche sich in reißende Ströme verwandeln. Derzeitiger Stand der Wissenschaft¹⁰ ist, dass durch den Wegfall von Temperaturunterschieden in der Arktis die Höhenwinde (Jet Stream) weniger aktiv sind, sich das Wetter „verlangsam“ und somit Wetterlagen länger über einer Region aktiv sind. Das sorgt für Wetterextreme wie Starkregen bei uns, aber auch Dürren und Waldbrände wie in Australien oder den USA¹¹. Die Eifel hat es besonders hart getroffen, da in einem Mittelgebirge die Wassermassen ungebremst von den Bergen ins Tal fließen.

Da die Menschheit noch nicht über die Möglichkeit verfügt, kontrolliert das Wetter und Klima zu beeinflussen (und solange der Kapitalismus herrscht, ist das auch besser so!), müssen neben besseren Frühwarnsystemen zum Bevölkerungsschutz auch Schutzmaßnahmen an Gewässern getroffen werden. Schutzmauern und Rückhaltebecken müssen errichtet werden, um Schäden zu verhindern. Dabei werden jedoch unweigerlich Probleme auftreten: Rückhaltebecken müssten beispielsweise in den höheren Regionen errichtet werden, die nicht selbst von späteren Schäden betroffen sein werden. Wer weiß, wie hart Kommunen bei der Ansiedlung von lukrativen Unternehmen miteinander konkurrieren¹², der kann sich schwer vorstellen, dass eine geografisch höher

¹⁰ Ich klammere die Kellerkinder mit „Youtube-Diplom“, die sowieso für alles eine noch viel bessere (=esoterische) Erklärung haben, einfach mal aus.

¹¹ <https://theworldnews.net/ch-news/klimawandel-bremst-hohenwinde-der-langsame-jetstream-macht-unserwetter-so-extrem>

¹² <https://www.welt.de/wirtschaft/article216109362/Im-Konkurrenzkampf-halbieren-Staedte-sogar-die-Gewerbesteuer.html>

gelegene Kommune sehr viel Geld in die Hand nimmt, damit in Zukunft eine niedriger gelegene Kommune vielleicht nicht von einer zerstörerischen Flut heimgesucht wird. Hier steht sich das kapitalistische System der Konkurrenz selbst im Wege. Es ist zudem unwahrscheinlich, dass ein kapitalistisch regierter Staat bereit ist, sehr viel mehr Ressourcen für die Prävention auszugeben.

Politische Folgen

Wie diese aussehen werden, lässt sich derzeit noch nicht genau abschätzen. Auf der einen Seite könnten die regierenden Unionsparteien ähnlich wie Schröder 2002 von der Krise profitieren, indem sie große Hilfe versprechen. Auf der anderen Seite könnte die eigentlich durch ihre Lebenslauf-Unzulänglichkeiten und die „vergessenen“ Nebeneinkünfte schon abgeschlagenene grüne Kanzlerkandidatin Anna-Lena Baerbock wie von Fukushima im Jahr 2011 profitieren. Das ist derzeit schwer abzuschätzen.

Was jedoch leicht abzuschätzen ist: Beide Alternativen sind schlecht für die Arbeiterklasse. Beide werden die Folgen des Klimawandels mittels des CO²-Preises der Arbeiterklasse aufbürden, so wie das bereits beim Heizkostenaufschlag geplant ist, den exklusiv der Mieter bezahlt. Auch Lebensmittel werden durch die Erhöhung der Transportkosten dank des CO² Preises teurer werden. Die Herrschenden, ob nun grün oder schwarz, sind somit selbst verantwortlich, dass die Akzeptanz der arbeitenden Bevölkerung an Maßnahmen für den Klimaschutz sinken wird, da sie ausschließlich die Profitinteressen des Kapitals dabei im Blick haben. Ein wirksamer Klimaschutz kann aber nur mit der großen Mehrheit der Bevölkerung gemacht werden, nicht gegen sie.

Es ist somit bereits abzusehen, dass weitere Katastrophen wie die jetzigen in der Eifel, in NRW und auch in Teilen von Bayern nicht zu verhindern sind, solange das Kapital regiert. Nur dann, wenn neben der spontanen Solidarität nach einer solchen Katastrophe auch eine allseits geplante Solidarität entsteht, die das ganze Staatswesen ergreift, also Sozialismus, ist die Situation im Sinne aller Menschen zu beherrschen.

„Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andere, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben.“

Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten...

Und so werden wir mit jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand der außer der Natur steht - sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen und daß unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen anderen Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.“ (Friedrich Engels Menschwerdung des Affen, MEW 20, 452f)

Kommunistische Organisation: Auch wenn alle Dämme brechen – dieser Staat rettet uns nicht!

In mehreren Bundesländern, vor allem in NRW und Rheinland-Pfalz, ereigneten sich massive Hochwasser. Ihr Höhepunkt war am 14. Juli. Nach aktuellem Stand (27. Juli) gibt es mindestens 170 Tote und alleine im Kreis Ahrweiler weiterhin 73 vermisste Personen. In Rheinland-Pfalz mussten 766 Betroffene in Krankenhäusern behandelt werden.

Auch die Infrastruktur ist zerstört: Teile der A1 und A61 werden monatelang gesperrt, im Ahrtal sind mehr als zehn Brücken nicht mehr befahrbar. Die Erholung des Bahnverkehrs wird Jahre dauern. Gasleitungen sind kaputt, ganze Dörfer werden im Herbst und Winter möglicherweise keine funktionierende Heizung haben. Es sind unzählige Häuser nicht mehr bewohnbar, viele Menschen benötigen neue Unterkünfte. Der Verlust ihres Hab und Guts könnte sie lebenslang in finanzielle Schwierigkeiten bringen.

Katastrophenschutz steht im Widerspruch zu Kapitalinteressen

Der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Wirtschaftsvereinigung Stahl kämpften in den letzten Monaten erfolgreich für die Abmilderung des bundesweiten Raumordnungsplanes für den Hochwasserschutz: Betriebe, die unter die Industrieemissions- und die Seveso-III-Richtlinie (Richtlinien zum Emissionsschutz und zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen) fallen, werden nicht mehr genannt. Das bedeutet, dass die im Raumordnungsplan festgelegten Schutzmaßnahmen für

solche Betriebe nicht gelten. Sie gehören zwar zur kritischen Infrastruktur, aber die Profite der jeweiligen Konzerne werden für wichtiger betrachtet als ein effektiver Hochwasserschutz.

Erst im September 2020 hatte das Bundesinnenministerium einen Probealarm im Rahmen eines bundesweiten Warntags als „fehlgeschlagen“ bezeichnet. Die Warnmeldungen wurden mit einer halben Stunde Verspätung abgeschickt. Dass Warnsysteme abgebaut wurden und Schutzübungen immer wieder schlecht verliefen, ist bereits lange bekannt. Mehrere Experten, darunter Thomas Clemen, langjähriges Mitglied der Schutzkommission der Bundesregierung, und der ehemalige Präsident des deutschen Feuerwehrverbandes, Hartmut Ziebs, warnten in den letzten Jahren die Bundesregierung.

Dass die Bevölkerung zu spät, schlecht oder gar nicht gewarnt wird, ist aber nur die Spitze des Eisberges. Denn was würden Warnungen bringen, wenn es keine Pläne für Evakuierungen gibt? Gerade das Ahrtal, wo das Hochwasser besonders schwere Schäden hinterließ, war bereits Dutzende Male von Überschwemmungen betroffen. Der Staat hätte längst effektive Schutzpläne erstellen und präventiv Vorkehrungen treffen müssen. Dies würde Investitionen beanspruchen und steht daher im Widerspruch zu den Kapitalinteressen.

Der Chefreporter Wissenschaft des Springer-Blatts „Welt“ gibt zu, dass der Katastrophenschutz in Deutschland auf dem Stand eines Entwicklungslandes ist. Der Umgang mit den aktuellen Überschwemmungen gibt ihm Recht: Bereits vier Tage vor dem massiven Unwetter gab es Warnungen vom Europäischen Hochwasser-Warnsystem (EFAS) an die deutschen Behörden, die die Betroffenen allerdings erst spät und ungenau erreichten. Die konkrete Gefahr wurde nicht klar kommuniziert.

Hannah Cloke, Mitentwicklerin von EFAS, berichtet von „monumentalem Systemversagen“. Sie kritisiert, dass keine entsprechenden Schutzvorkehrungen getroffen wurden und es nicht mal eine bundesweit einheitliche Herangehensweise an Flutrisiken gibt. Es müsse unterschiedliche Flutpläne für verschiedene Szenarien geben.

Der Staat rettet uns nicht

Die erste Hilfe und Unterstützung für die Aufräumarbeiten erhielten die Betroffenen von Privatpersonen. Die spontane Hilfe, die teilweise über soziale Medien koordiniert wird, ist riesig.

Die Herrschenden aus der Politik loben zum Teil diese Eigeninitiative, jedoch ist es ihre Aufgabe, ordentliche Gerätschaften zur Verfügung zu stellen, die Betroffenen zu versorgen, unterzubringen, die Wasser- und Hygieneversorgung wiederherzustellen usw. Das gleichzeitige Loben der Solidarität und ihre eigene Untätigkeit offenbaren ihre Heuchelei. Die durch die staatliche Zurückhaltung entstandene Leerstelle wird in Teilen auch von sogenannten „Querdenkern“ genutzt, die versuchen, die Situation für sich auszunutzen.

Wer im Kapitalismus nicht versichert ist, hat meist schon verloren, weil der bürgerliche Staat Hilfgelder nur für Großkonzerne gerne locker macht. Versichert sind aber nur die Betroffenen, die eine Zusatzversicherung abgeschlossen haben. Nach Informationen des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft gilt das aber für lediglich 46 Prozent der Haushalte in Deutschland. Nun wird debattiert, ob man allen Menschen helfen sollte oder nur den Versicherten. Es sei unfair gegenüber den Versicherten, wenn den Nicht-Versicherten geholfen würde, heißt es. Diese Diskussionen in den Medien und der Politik zeigen, dass es den Propagandisten des Kapitalismus nur um Geld statt um die Menschen geht.

Mittlerweile wurden staatliche Hilfen in Millionenhöhe bewilligt. Die Rheinische Post berichtet, dass Haushalte maximal 3.500 Euro erhalten. Dieser symbolische Betrag reicht nicht aus, um all das, was die Opfer des Hochwassers verloren haben zu ersetzen!

Der Staat ist nicht nur verantwortlich für die Katastrophe, er inszeniert sich jetzt als Retter. Für das Militär bietet die Beteiligung an den Aufräumarbeiten die Gelegenheit, sich als menschenfreundliche Helfer zu inszenieren und den Bundeswehreininsatz im Innern zu normalisieren. Doch uns muss klar sein, dass diese Katastrophe, genau wie die Corona-Pandemie, zeigt, dass dem bürgerlichen Staat Menschenleben egal sind. Während der Pandemie orientierte die Regierung auf eine schleichende Durchseuchung anstelle von strikten Be-

triebsschließungen. Im Kontext von Unwettern setzt der Staat auf den Abbau von Schutzmaßnahmen, um Unternehmensprofite nicht zu gefährden. Und auch die Explosion am 27. Juli beim Chemiewerk Bayer in Leverkusen, die bislang mindestens sieben Menschenleben kostete, zeugt von dieser Logik. Erneut werden Tote bewusst in Kauf genommen.

Solange wir in einem kapitalistischen Staat leben wird es nicht primär um Menschenleben, sondern um Profite gehen. Im Sozialismus hingegen stehen der Schutz und die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt. Investitionen in den Katastrophenschutz, in Warnsysteme, in die Feuerwehr und in das Gesundheitssystem sind in sozialistischen Staaten selbstverständlich. Im sozialistischen Kuba etwa werden bei Hurrikans alle Ressourcen der Gesellschaft mobilisiert, um Gebiete zu evakuieren. Das gleiche gilt aktuell für die Corona-Pandemie, bei der Kuba vorbildlich reagiert, den Gesundheitsschutz großgeschrieben und obendrein gleich mehrere Impfstoffe entwickelt hat. Zudem gehören im Sozialismus Grundlagenvermittlung in Medizin, Hygiene und Katastrophenschutz zur schulischen Grundbildung. Im kapitalistischen Deutschland dagegen, wo im Schulsystem gespart wird, wo es nur geht, ist außer für Feueralarmübungen alle paar Jahre kein Geld übrig.

Partei der Arbeit Österreichs: Über „grünes Wachstum“ und die Umwelt: Profitbasierte Entwicklung und Umweltschutz sind unvereinbar

Die Völker sind heute mit einer ständigen Belastung der Umwelt und des Klimas konfrontiert, die enorme Konsequenzen für die Menschheit für die kommenden Generationen mit sich bringen wird. Die verschiedenen interkapitalistischen Abkommen, wie das Pariser Abkommen von 2016 zur globalen Erwärmung, spiegeln jedoch die Bedürfnisse und Ziele des Kapitalismus wider, nicht die der arbeitenden Menschen. Die EU und ihre Regierungen fördern ihre eigene Agenda der so genannten grünen Entwicklung als Lösung für die kapitalistische Krise. Der so genannte "Emissionshandel" entlarvt den Zynismus der Kapitalisten und versucht, bezahlte Umweltverschmutzung durch Konzerne zu legitimieren, um die Umwelt weiter zu verschmutzen und alle schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt zu verschlimmern.

Der Kapitalismus finanziert das so genannte „grüne Wachstum“ mit riesigen Geldsummen, die den arbeitenden Menschen entzogen und in den EU-„Konjunkturfonds“ und den „Fonds für einen gerechten Übergang“ eingebracht werden. Dies wird für eine angeblich umweltfreundliche Umstrukturierung der Produktion verwendet, während das wahre Ziel der Monopole darin besteht, neue Technologien in die Produktion zu integrieren, basierend auf den alleinigen Kriterien ihrer Profite und der Intensität der Ausbeutung der Arbeiter, wobei sie gleichzeitig versuchen, sie zu desorientieren und zu manipulieren. Die Praxis hat bewiesen, dass das kapitalistische System für die Ausbeutung der Arbeiter, Armut, Arbeitslosigkeit und andere sich verschlechternde Lebensbedingungen verantwortlich ist, um einen nie endenden Profit abzuschöpfen. Die auf Profit basierende kapitalistische Entwicklung führt zur Zerstörung der natürlichen Umwelt und ihrer Ressourcen und verzerrt das, was als Lebensqualität angesehen wird.

Darüber hinaus beschwört der Kapitalismus die individuelle Verantwortung für den Schutz der Umwelt. „Umweltfreundlicher“ Konsum wird zu einer weiteren Belastung der arbeitenden Menschen in einem ohnehin schon anstrengenden Alltag und erhöht die so genannten „grünen“ Steuern und Gebühren. In Wirklichkeit bringt selbst die „grünste“ Produktion – wie die sogenannte „digitale Wirtschaft“ – eine bestimmte Art von Waren auf den Markt und die arbeitenden Menschen werden mit allen Mitteln dazu gedrängt, diese zu kaufen, und zwar noch teurer.

Der Sozialismus mit der zentralen Planwirtschaft und dem Kriterium der Befriedigung der Volksbedürfnisse gibt dem arbeitenden Volk die Macht und die praktischen Möglichkeiten für den Schutz der Umwelt.

Die Europäische Initiative der kommunistischen und Arbeiterparteien betont, dass nur mit dem Sozialismus möglich ist – einem Sozialismus, der die Verantwortung dafür übernehmen muss, die Verödung unserer Welt zu stoppen, eine Wirtschaft aufzubauen, die wirklich für den Umweltschutz ist, und der arbeitenden Bevölkerung der Welt die Möglichkeit zu geben, ein nachhaltiges und gesundes Leben zu schaffen.

Die kommunistischen Parteien stehen vor der Aufgabe, dieses Bewusstsein und die Sorge der Menschen um die eskalierende Zerstörung der Umwelt in

einen Zusammenhang zu bringen und mit dem Kampf gegen die Monopole, den Kapitalismus und der Notwendigkeit, ihn zu stürzen, zu verbinden.

Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, in der die Macht in den Händen der Arbeiterklasse liegt und die Planwirtschaft auf Grundlage der sich immer weiter ausdehnenden Produktion funktioniert, für die Achtung und den Schutz der Umwelt, für die Interessen und die Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiter und Menschen und nicht für den Profit auf Kosten des Lebens und der Gesundheit der Völker und der zukünftigen Generationen.

Kuba

Botschaft der Republik Kuba in Deutschland: Presseerklärung vom 27. Juli 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

anschließend möchte die Botschaft der Republik Kuba in der Bundesrepublik Deutschland Ihnen die Pressemitteilung über Verhaftungen und Strafverfolgungen im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen am 11. Juli in Kuba mit der Bitte um Kenntnisnahme und Rücksichtnahme übermitteln:

Kuba erfüllt als Vertragsstaat des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen und des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe die in diesen Rechtsinstrumenten festgehaltenen Postulate.

* In Kuba dürfen Personen nicht dem Verschwindenlassen, der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe ausgesetzt werden, wie im Artikel 51 der Verfassung festgelegt.

* Es gibt keine vermissten Personen in Kuba. Es gab keine für die Prozesse im Zusammenhang mit den jüngsten Unruhen, noch welche für irgendeinen anderen Prozess, der gegen irgendeine andere Person aus welchem Grund auch immer geführt wurde.

- * Es gibt auch keine geheimen Einrichtungen, in die Personen gebracht werden, die aus irgendeinem Grund inhaftiert sind. Verwandte und Angehörige von Inhaftierten wissen, wo sie festgehalten werden.
- * Jede Person, die zu einer Polizeieinheit gebracht wird, wird zunächst manuell in einem Registerbuch und dann in ein automatisiertes Register eingetragen, das mit allen Einheiten vernetzt ist. Die Register stellen sicher, dass der Aufenthaltsort jeder inhaftierten Person bekannt ist, egal wo im Land.
- * In den jüngsten Fällen ist jeder Familie bekannt, wo sich ihre inhaftierten Verwandten befinden. Sie haben diese Haftorte besucht sowie Habseligkeiten mit persönlichen Hygieneartikeln oder bestimmten Medikamenten übergeben. Anders gesagt werden die Informationen über den Verbleib der Person von den Kontrollorganen der Generalstaatsanwaltschaft (FGR, laut spanischer Abkürzung) als der für die Sicherstellung der Legalität zuständigen Stelle festgestellt und überprüft.
- * Von den Inhaftierten wurden einige bereits freigelassen, weil es bestätigt wurde, dass sie an den Ereignissen vom 11. Juli nicht strafrechtlich beteiligt waren. Andere befinden sich in einer vorsorglichen Maßnahme ohne Freiheitsentzug und es gibt dazu Angeklagte in einem Verfahren der Vorbereitungsphase mit einer vorsorglichen Maßnahme der Untersuchungshaft.
- * Alle Personen, die nach den Ereignissen vom 11. Juli inhaftiert wurden, können gemäß ihrem Recht auf Rechtsbeistand nach Artikel 95 der Verfassung einen Anwalt bestellen oder sich von Amts wegen einen solchen zuteilen lassen. Die Tatsache, dass einige Häftlinge keinen Anwalt haben, ist eine Sache ihrer eigenen Entscheidung.
- * Die Erstellung angeblicher Listen von Personen, die seit den Ereignissen vom 11. Juli verhaftet wurden oder angeblich verschwunden sind, verliert an Glaubwürdigkeit, wenn keine Daten über sie vorliegen. Es hat sich herausgestellt, dass einige auf diesen Listen eingetragenen Personen nie festgenommen oder gar von den Behörden befragt wurden oder einfach in keiner Weise an diesen Ereignissen teilgenommen haben.
- * Seit dem 12. Juli - im Zusammenhang mit den Unruhen – haben sich 63 Personen an die Generalstaatsanwaltschaft gewandt. Ihre Beschwerden oder Ansprüche bezogen sich nicht auf das Verschwinden von Personen, sondern

auf ihr Interesse, Einzelheiten über die Inhaftierung ihrer Bekannten zu erfahren. In allen Fällen wurden diejenigen, die sich an die Generalstaatsanwaltschaft wandten, über den Ort informiert, an dem ihre Angehörigen festgehalten wurden.

* Die Generalstaatsanwaltschaft hat transparent berichtet, dass sie fünf Beschwerden über Nonkonformität mit den Gerichtsverfahren untersucht, die sich aus den Ereignissen vom 11. Und 12. Juli ergeben haben. In keiner dieser Fälle handelt es sich um Beschwerden aufgrund mangelnder Kenntnis des Haftortes - da den Angehörigen diese Informationen bekannt sind – oder aufgrund einer missbräuchlichen Behandlung der Inhaftierten.

* Der von der Generalstaatsanwaltschaft eingerichtete Mechanismus zur Entgegennahme öffentlicher Anliegen ist reaktionsschnell und effektiv. Selbst im Jahre 2020 wurden in der Generalstaatsanwaltschaft 129.000 Personen betreut. Schon in der ersten Hälfte des Jahres 2021 wurden die Ansprüche von über 49.000 Personen durch die Generalstaatsanwaltschaft bearbeitet.

* Die in Kuba geltenden Rechtsvorschriften - einschließlich derjenigen, die die Führung von Haftanstalten regeln – enthalten die allgemein anerkannten grundlegenden Garantien zum Schutz aller Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung und Strafe.

* Im Falle einer Denunziation, einer Beschwerde oder eines Anspruchs von Bürgern, einschließlich derer, denen die Freiheit entzogen wurde, hat die Generalstaatsanwaltschaft die Pflicht, sich dieser anzunehmen, sie zu untersuchen und darauf zu antworten. Bei Feststellung eines Gesetzesverstößes können die Verantwortlichen je nach Schweregrad der begangenen Handlung strafrechtlich belangt werden.

*In Kuba gibt es und wird es keinen Raum für Straffreiheit geben, noch Gesetze oder Vorschriften, die diese Begünstigen. Es gibt keine Verschwundenen oder Gefolterten und, sollten bei den Handlungen der Strafverfolgungsbehörden Unregelmäßigkeiten auftreten oder aufgetreten sein, werden diese untersucht, die Ergebnisse veröffentlicht und falls Verstöße festgestellt werden, werden Maßnahmen zur Wiederherstellung der Legalität ergriffen.

Mit freundlichen Grüßen, Ivet Löpez Rodriguez, Botschaftsrätin, Stellvertreterin des Botschafters, Botschaft der Republik Kuba in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, 27. Juli 2021

Redaktion offen-siv: Weitere Stärkung des privaten Wirtschaftssektors in Kuba¹³

Neue Rechtsform für Privatunternehmen in Kuba beschlossen. Betriebe bis 100 Beschäftigten nun legal.

Kubas Staatsrat hat den rechtlichen Rahmen für die Gründung von kleinen und mittleren Unternehmen beschlossen.

Die neuen Gesetze sind Teil der "Wirtschafts- und Sozialstrategie des Landes im Rahmen der Erweiterung, Anerkennung und Stärkung des Managements der verschiedenen Wirtschaftsakteure", heißt es in der Pressemitteilung des kubanischen Parlaments. Sie waren für den September vorgesehen, ihre Erarbeitung wurde wohl aufgrund der Proteste vom 11. Juli beschleunigt.

Private und staatliche Betriebe mit bis zu 100 Mitarbeitern können sich unter der Rechtsform einer "Sociedad de responsabilidad limitada" gründen, die in etwa einer deutschen GmbH entspricht. Staatsbetrieben in dieser Modalität wird weitgehende Autonomie bei der Geschäftsführung gewährt.

Auch Produktions- und Dienstleistungskooperativen, die seit 2013 in kleiner Stückzahl und in experimenteller Form gebildet wurden, erhalten nun grünes Licht für ihre Konstituierung. Mit der Negativliste sind jetzt nur noch rund 120 der 2.110 Tätigkeiten des kubanischen Berufsindex für den Privatsektor tabu. Auch gänzlich neue Vorschläge sollen geprüft werden, um der "Kreativität der Kubaner" entgegenzukommen.

Lebensmittelpreise freigegeben

¹³ Gestützt auf amerika21: „Neue Gesetze zur Entwicklung und Diversifizierung der Produktion in Kuba“, „Neues Reformpaket: Kuba gibt Lebensmittelpreise frei“ sowie Radio Rebelde: „Kuba legalisiert den Geragenhandel“ und das „Deutsche Büro zur Förderung von Handel und Investitionen in Kuba“, welches gefördert wird vom Bundeswirtschaftsministerium, der DIHK und German trade and invest

Und Kubas Regierung hat ein neues Reformpaket umgesetzt, mit dem unter anderem die Lebensmittelproduktion auf der Insel angekurbelt werden soll. Bisherigen Preisobergrenzen für Agrarprodukte werden abgeschafft und "die realen Kosten für den Produzenten anerkannt".

Die Freigabe der Preise ist ein zentrales Element der im Mai begonnenen Landwirtschaftsreform, in deren Rahmen Kubas Bauern ihre Überschüsse eigenständig verkaufen dürfen. Auch wurde erstmals seit 1963 die private Rinderschlachtungen erlaubt und ein Prämiensystem für die Milch- und Rindfleischproduktion eingeführt, von dem bislang 6.000 Landwirte profitiert haben.

"Die neue Vermarktungspolitik beinhaltet 51 Prinzipien, von denen 31 absolut neu sind. Sie brechen etablierte Schemen auf und beseitigen Hemmnisse", sagte Yisel González Marrero vom Agrarministerium dazu. "Der Produzent kann neue Verträge mit verschiedenen Abnehmern aushandeln, damit nichts verloren geht. Es gibt kein Monopol", erklärte der neue Agrarminister Ydael Pérez Brito. Privatunternehmen und Kooperativen dürfen dafür Fahrzeuge sowie Lager- und Kühllhäuser anmieten. Bauern können selbst Marktstände pachten und in Eigenregie Logistikunternehmen für den Verkauf an Industrie und andere Großabnehmer beauftragen.

Bis zur Währungsreform waren 40 Produkte mit Preisobergrenzen klassifiziert, seit Januar hat sich ihre Anzahl schrittweise reduziert. Jetzt wird der Preis sämtlicher Produkte zwischen Abnehmer und Produzent auf Ebene der Provinzen und Gemeinden ausgehandelt und vertraglich geregelt.

Als weitere Anreize wurden rückwirkend zum 1. Januar die Preise für Strom und Wasser für Landwirte stark reduziert, zudem entfällt für sie in diesem Jahr einmalig die Einkommenssteuer.

Auch die Bauernmärkte werden aufgewertet. "Märkte neuen Typs" entstehen: Alle Zahlungsströme sollen digital abgewickelt und ein erweitertes Sortiment angeboten werden. Den Anfang machen in der Hauptstadt 47 Verkaufsstellen. In Las Tunas wurde mit Tonerito.com der erste Markt auf Initiative privater Kleinbauern gegründet. Von der Bevölkerung werden die neuen Märkte gut angenommen.

"Es gibt unabdingbare Marktgesetze, doch wir werden die sozialen Fronten weiterhin verteidigen, niemals Schocktherapien oder neoliberale Rezepte anwenden", betonte Finanzministerin Meisi Bolaños Weiss.

Zusätzlich zur Agrarreform wurden eine Reihe weiterer Maßnahmen verabschiedet, u.a.:

- Importerleichterungen für Privatbetriebe: Sämtliche Zölle für den Import von Zwischengütern, Maschinen und Rohstoffen sind bis zum Jahresende ausgesetzt. Seit der Öffnung des Außenhandels für den Privatsektor im vergangenen Herbst können selbstständig Beschäftigte und Kooperativen bereits ihre Produkte über ausgewählte staatliche Firmen exportieren bzw. Maschinen und Ausrüstung einführen.
- Ausbau der Solarenergie: Ab sofort sind Solaranlagen zollfrei einführbar. Eine Einspeisevergütung für Privathaushalte ist in Arbeit.

„Garagenhandel“ legalisiert

Und mit einem neuen Gesetz ist in Kuba der An- und Verkauf von Haushaltsgegenständen und anderen Konsumgütern für Privatpersonen erleichtert worden. Im Rahmen des sogenannten "Garagenhandels", vergleichbar mit hiesigen Flohmärkten, kann demnächst auch ohne eigene Lizenz für das Privatgewerbe aus Wohnungsportalen, Garagen und in Parks mit Waren gehandelt werden. Damit wird ein Teil des Schwarzmarkts de facto legalisiert.

Die Maßnahme soll "die Verkaufsmöglichkeiten flexibler gestalten und den Handel näher an die Stadtviertel bringen", heißt es in dem Gesetz. Nicht erlaubt ist der Verkauf von Lebensmitteln, Tierhäuten, Edelhölzern sowie größerer Chargen an Neuwaren aus dem Ausland oder von staatlichen Fabriken.

Bislang findet der von den Behörden weitgehend geduldete Schwarzmarkt vor allem mittels WhatsApp- oder Telegrammgruppen statt, wo Lebensmittel und andere Konsumgüter ausgetauscht werden. Die Garagenverkäufe dürfen jetzt in den sozialen Medien sowie mit Aushängen beworben werden.

Unabhängige Exporte und Importe des privaten Sektors der Wirtschaft

Die Handelskammer der Republik Kuba bietet privaten Unternehmen und nicht staatlichen Genossenschaften, die am Export ihrer Produkte interessiert sind, Werbe-, Informations-, Schulungs- und Beratungsdienste an.

Vizepräsident der cubanischen Handelskammer, Ruben Ramos Arrieta betonte, dass die Regierung die Beziehungen zwischen allen Wirtschaftsakteuren fördere, indem es nicht staatliche Wirtschaftsakteure ermutige, ihre Importnachfrage und Exportmöglichkeiten zu kanalisieren. Ramos wies darauf hin, dass die Registrierung von Marken, regionale Abkommen, Ursprungszeugnisse und die Festlegung von Preisen u.a. Themen sind, die bereits mit nicht staatlichen Wirtschaftsakteuren in Sektoren wie Lebensmittel, Textilien, Industrie und Bauwesen diskutiert werden. Laut Ramos wird einer der Hauptvorteile, den die Handelskammer privaten Unternehmen bietet, Werbung sein, da die Institution über eine große Sichtbarkeit und Reichweite verfügt.

Ende Juli 2020 gab die kubanische Regierung im Rahmen eines Pakets neuer wirtschaftlicher Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Krise grünes Licht für Exporte und Importe aus dem privaten Sektor. Privatbetriebe und Genossenschaften können seitdem auch von ausländischen Unternehmen unter Vertrag genommen werden. Laut MINCEX wurden bereits mehr als 3.500 Importverträge abgeschlossen;

Peru

Kevin Guevara: Wahlen in Peru

Am Sonntag, den 16. Juni kam es zur Stichwahl um das Präsidentenamt in Peru. Gegenüber standen sich Pedro Castillo von *Freies Peru* (Perú Libre) und Keiko Fujimori von *Volkskraft* (Fuerza Popular). Aber werfen wir doch erstmal einen Blick auf die Entwicklung Perus der letzten 5 Jahre und die erste Runde der Wahl.

Am 28. Juli 2016 übernahm Pedro Pablo Kuczynski das Amt des Präsidenten als Nachfolger des Linksnationalisten Ollanta Humala. Er setzte sich sehr knapp in der zweiten Runde gegen Keiko Fujimori durch, die bei diesem Anlass schon zum zweiten Mal kandidierte. Zwei Monate vorher hatte ihre Partei die absolute Mehrheit der Mandate im Parlament gewonnen mit 73 von 130 Sitzen. Kuczynski, der durch seine Initialen PPK bekannt war, war vorher bereits Wirtschafts- und Premierminister unter Alejandro Toledo. Zudem war

er Vorstandsmitglied zahlloser Großunternehmen. Seinen Sieg hatte er Großteils dem Anti-Fujimorismo zu verdanken. Die kurze Amtszeit PPKs war von politischer Instabilität geprägt. Im Dezember 2017 kam es wegen Korruptionsvorwürfen aus seinen Zeiten als Wirtschaftsminister zu einem Amtsenthebungsverfahren, was er jedoch mit 9 Stimmen überstand. Das hatte er zum guten Teil Kenji Fujimori zu verdanken, dessen Gruppe sich bei der Abstimmung enthielt. Im Gegenzug wurde an Heiligabend der ehemalige Diktator Alberto Fujimori begnadigt. Um einer erneuten Amtsenthebung zuvorzukommen legte er am 21. März sein Amt nieder. Ein Jahr später wurde er verhaftet und unter Hausarrest gestellt.

Sein Vizepräsident Martín Vizcarra wurde Nachfolger aber auch er geriet mit dem Parlament aneinander. So wurde der Kongress von ihm Ende September 2019 aufgelöst, weshalb er von diesen als amtsunfähig erklärt wurde. Für einen ganzen Tag wurde seine Vize Mercedes Aráoz Übergangspräsidentin, trat dann zurück und sprach sich für Neuwahlen aus. Diese erfolgten im Januar, ohne dass Vizcarra, der noch bis September 2020 Präsident blieb, auf eine Mehrheit im Parlament zählen konnte. Die Situation besserte sich kaum, obwohl die rechte Partei *Volkskraft* kräftig an Sitzen einbüßte und ihre absolute Mehrheit verlor. So wurde das Staatsoberhaupt im September 2020 fast des Amtes enthoben und dann in einem - man könnte meinen Staatsstreich - Anfang November 2020 wegen Korruption und „moralischer Unfähigkeit“ abgesetzt. Grund dafür ist am wahrscheinlichsten die Korruptionsbekämpfung des Präsidenten, da gegen 68 Abgeordneten des damaligen Kongresses Verfahren liefen. Dessen Nachfolger wurde der Vorsitzende des Parlamentes Manuel Merino, der erwiesenermaßen schon vorher gegen Vizcarra gearbeitet hat und sogar mit den Streitkräften in Verbindung trat. Weniger als eine Woche später war er nach landesweiten Protesten gezwungen zurück zu treten. Francisco Sagasti trat an seine Stelle.

Von der Pandemie wurde das Land zudem sehr schwer getroffen. Über 2 Millionen Menschen haben sich an dem Virus angesteckt und das in einem Land mit 32,51 Millionen Einwohnern. Die damit verbundenen 196.214 Toten machen es zum Land mit der höchsten Corona-Sterblichkeitsrate weltweit, was dem sehr maroden Gesundheitssystem geschuldet ist. Es fehlt an Intensivbetten und Sauerstoff. Die Armut stieg 2020 um 10% auf 30%. Man geht außer-

dem davon aus, dass 57% der Bevölkerung entweder in Armut lebt oder in Gefahr ist, in diese zu geraten.

Anfang des Jahres begann dann der Wahlkampf für die erste Runde. In Peru ist das Wahlsystem so aufgebaut, dass ein Kandidat mehr als 50% der Stimmen benötigt um in der ersten Runde zu gewinnen, andernfalls kommt es zu einer Stichwahl. Es traten 18 Kandidaten für das Amt des Präsidenten an. Darunter der ehemalige Torwart des Hauptstadtclubs Alianza Lima George Forsyth, Keiko Fujimori (die Tochter des Diktators Alberto Fujimori), der Ökonom Hernando de Soto, der erzkonservativer Rafael López Aliaga (nennt sich selbst den „peruanische Bolsonaro“), der Lehrer und Gewerkschafter Pedro Castillo, der Jurist und Berufspolitiker Yohny Lescano, die Sozialdemokratin Verónica Mendoza, der ehemalige General der Armee Daniel Urresti, der zentristische Ökonom Julio Guzmán und der Expräsident Ollanta Humala, um die wichtigsten zu nennen. Die linken Kräfte waren um Castillo, Mendoza, Arana, Vega und Alcantara gespalten.

Ironischerweise kandidierte Mendoza schon 2016 mit Arana als ihrem Vize in dem Bündnis *Breite Front*, dabei verpasste sie knapp den Einzug in die zweite Runde. Deren Parlamentsfraktion zerbrach jedoch 2017 und Mendoza gründete ihre Partei namens *Neues Peru*. In dem Bündnis *Zusammen für Peru* bestehend aus der *Peruanischen Humanistischen Partei*, *Neues Peru*, *Bewegung zum Sozialismus* aber auch der *Peruanischen Kommunistische Partei* und der *Kommunistischen Partei Perus – Rotes Vaterland* kandidierte Veronika Mendoza dieses Mal.

Am 11. April kam es zur ersten Runde, in der es jeweils Pedro Castillo mit 18,92% und Keiko Fujimori mit 13,41% in die Stichwahl schafften. Mendoza erreichte den sechsten Platz mit 7,86% der Stimmen. Es wurde unruhig im Land. Auf der einen Seite fürchtete mancher „Kommunismus“ und ein neues Venezuela, auf der anderen war die Abneigung gegen Fujimori immens.

Um beide Seiten zu verstehen, muss man einen genauen Blick auf die peruanischen Verhältnisse werfen. So ist Peru ein Land, welches laut der Weltbank über 1,2 Millionen venezolanische Migranten und Flüchtlinge zählt. Oft werden diese als Kronzeugen gegen den „Sozialismus“ vorgeführt. Um von den eigenen Problemen abzulenken wird auch oft Venezuela in den Medien thematisiert und das meistens mit Falschinformationen und Verdrehungen, wie

wir es aus den bürgerlichen Medien in der BRD selbst kennen. Das erzeugt natürlich ein völlig verzerrtes Bild in der Bevölkerung. Dazu verschreien die Nachrichtendienste und bürgerlichen Parteien alles was minimal links klingt als „kommunistisch“, wie z. B. Regulierung der Wirtschaft oder Verstaatlichungen. So konzentrierten die Medien ihre Angriffe in der ersten Runde hauptsächlich auf Mendoza.

Ebenfalls wichtig zu erwähnen ist der bewaffnete interne Konflikt von 1980 bis 2000, indem tausende Peruaner ihr Leben ließen. Dort kämpfte die *Kommunistische Partei Perus* besser bekannt als *Leuchtender Pfad* gegen den reaktionären Staat aber auch am Rande die guevaristische *MRTA*. Erstere haben nichts mit den vorhin bereits erwähnten KPs gemeinsam. Bis 1992, als deren Vorsitzender Gonzalo verhaftet wurde kontrollierten die Maoisten bereits umgerechnet 2/3 des Landes. Diese Zeit wird oft die „Epoche des Terrorismus“ genannt und da Kommunisten Teil daran hatten werden, diese meistens zu Terroristen deklariert. Eine breitere Analyse zum Volkskrieg in Peru ist von Nöten.

Von 1990 bis 2000 regierte der Diktator Alberto Fujimori das Land mit eiserner Faust. Unter seiner Herrschaft wurden unzählige Menschenrechtsverletzungen begangen und es gab ebenso viele Korruptionsskandale. Nach seinem Wahlbetrug im Jahr 2000 reiste er als noch Präsident zu einem APEC-Treffen nach Brunei, kehrte jedoch nicht zurück, sondern reiste in seine Heimat Japan und trat von seinem Amt zurück, per FAX! Mit ihm verschwanden sage und schreibe umgerechnet 6 Milliarden Dollar, die aus der Privatisierung von Staatsbetrieben stammen. 2005 versuchte er nach Chile einzureisen, wurde dort verhaftet und 2007 nach Peru abgeschoben, wo ihm der Prozess gemacht wurde. Nach seiner Begnadigung im Dezember 2017 wurde er im Januar 2019 wieder ins Gefängnis gebracht, nachdem die Begnadigung widerrufen wurde. Daraufhin wurde ein Gesetz über den Hausarrest älterer Straftäter, die bereits 1/3 ihrer Haftstrafe abgesessen haben, verabschiedet, was Fujimori begünstigte. Trotz allem genießt er bei einem nennenswerten Teil der Bevölkerung nicht zu leugnende Sympathie. Vor allem wird ihm der Kampf gegen den „Terrorismus“ positiv angehängt. Dabei war es der GEIN, der kaum Unterstützung durch den Staat erhielt, der Gonzalo aufspürte und verhaftete, während Fujimori in Iquitos mit dem Fischen beschäftigt war.

Wie Vater, so die Tochter. Ihre Kongressabgeordneten waren oft im Drogenhandel und Korruption verwickelt oder fälschten ihren Schulabschluss. In der ersten Runde brandmarkte sie noch die Forderungen der anderen Kandidaten, die Korruption zu bekämpfen und Boni zu vergeben, als „Populismus“. In der zweiten Runde vergaß sie das jedoch und versprach ebenso finanzielle Hilfe in Form von Boni für Teile der Bevölkerung. Außerdem ließ sie zu, dass ihre eigene Mutter gefoltert wurde. „Keiko hat mich in Stich gelassen, sie bevorzugte das dreckige Geld ihres Vaters, für mich hat sie das Gesicht eines Teufels.“ schrieb ihre Mutter Susana Higuchi 2002. Später unterstütze sie dennoch ihre Tochter bei Wahlkämpfen. Mit der Präsidentschaft dieses Jahr wollte Keiko sich gewissermaßen der Justiz entziehen, was jedoch bei verlorener Wahl schwierig sein dürfte. Sie war bereits über ein Jahr in Untersuchungshaft von Oktober 2018 bis November 2019 wegen des Verdachts der Geldwäsche.

Kommen wir zu Pedro Castillo. Er ist wie bereits erwähnt Lehrer und Gewerkschafter, der den Lehrerstreik 2017 anführte, was ihn bekannt machte. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass er mal für die Partei *Peru Machbar*, des ehemaligen und wegen Korruption gesuchten Präsidenten Alejandro Toledo im Jahr 2002 für das Amt des Bürgermeisters in Anguía kandidierte und verlor. Außerdem war Castillo in seiner Jugend *Rondero*. *Rondas campesinas* waren ursprünglich Selbstverteidigungseinheiten gegen den Viehdiebstahl, die jedoch gegen den Leuchtenden Pfad zu militanten antikommunistischen Milizen auf dem Land wurden. Ironischerweise werden Castillo heute Verbindungen zu *Movadef*, eine Organisation die sich offen für Gonzalo einsetzt, vorgeworfen. Nach einem Treffen mit De Soto stellte er klar weder Kommunist, noch Chavist oder „Terrorist“ zu sein, sondern ein Arbeiter wie jeder andere. Ebenso vertritt er konservative Ansichten gegenüber dem Schwangerschaftsabbruch, der gleichgeschlechtlichen Ehe, die Sterbehilfe und der Legalisierung von Drogen.

Zuletzt müssen wir uns *Freies Peru* widmen. Diese Partei erhebt den Anspruch marxistisch-leninistisch und mariategistisch zu sein. So steht es in ihrem Programm und so verkündet es ihr Gründer und Vorsitzender Vladimir Cerrón, kurz darauf sagt er in einem Video, die Linie wäre nicht klar definiert und sie würden sich eher in Richtung Sozialdemokratie orientieren. Ihr Programm ist keineswegs ein revolutionäres. Es fällt zwar oft das Wort Sozialis-

mus aber es geht eher in Richtung Sozialismus des 21. Jahrhunderts ala Chávez und Morales. So nannte bei einer Debatte ein Kandidat derselben Partei die skandinavischen Länder als ein gutes Beispiel für „Sozialismus“. Andere sagten offen „Wir sind keine Kommunisten und wir werden nicht verstaatlichen, sondern die private Investition respektieren.“ - Ihr „Sozialismus“ beinhaltet eine *Volkswirtschaft mit dem Markt*. Über das Privateigentum und die Unternehmerschaft steht folgendes im Programm „Jede Revolution fördert, erhält und verteidigt ihre nationale oder private Unternehmerschaft. Es ist eine politische Verschwörung zu meinen, dass der Sozialismus dagegen ist. Der sozialistische Staat schützt unsere Privatunternehmen gegen das transnationale Kapital“. So rief Castillo zum Beispiel die peruanischen Unternehmer dazu auf in ihr Vaterland, indem sie das Licht der Welt erblickten zu investieren. Aus den Forderungen sticht besonders die Schaffung einer neuen Verfassung und die Zurückgewinnung des Gases sowie anderer strategischer Ressourcen hervor. Außerdem setzt man sich für eine Reform des Bildungs- und Gesundheitswesens ein. Ebenfalls erwähnenswert: die Kriminalität im Land soll mit ländlichen und urbanen Rondas bekämpft werden, dazu kriminelle Ausländer abgeschoben werden und einheimische Straffällige dazu verdonnert werden, Brücken und Autobahnen zu bauen.

Gegen diese vermeintliche „Gefahr“ mobilisierte der ehemalige Präsidentschaftskandidat Rafael López Aliaga zu einer großen Demonstration unter dem Motto „Für die Demokratie in Peru“ und wünschte nebenbei dem Kommunismus, Cerrón und Castillo den Tod, dafür musste er sich später öffentlich entschuldigen. In Lima tauchten dazu noch riesige Leuchtreklame mit Slogans wie „Denk an deine Zukunft – Nein dem Kommunismus“, „Schütze deine Arbeit und Freiheit – Nein dem Kommunismus“ oder „Der Kommunismus erzeugt Misere und Armut“. Wo sie recht behalten ist mit dem Slogan „Der Sozialismus bringt uns zum Kommunismus“.

Zwei Wochen vor der Stichwahl/Zweiten Runde erschütterte das kaltblütige Massaker an 16 Menschen, darunter fünf Minderjährige in San Miguel del Ene (VRAEM) das ganze Land. Der Schuldige wurde von den Streitkräften ohne große Nachforschung schnell ausfindig gemacht: der *Leuchtende Pfad* (*Sendero Luminoso*). Dabei wurde völlig das Zeugnis einer Überlebenden ignoriert und die Tatsache, dass *Sendero* historisch nie dieses Dorf betreten hat. In dem Zeugnis beschrieb eine Überlebende, wie diese Elemente im

wahrsten Sinne des Wortes kamen um zu morden, ohne ein Wort auszutauschen. Es wurden keine Parolen gerufen oder Statements gemacht, wie es sonst der Fall ist. Später wurden ein paar Flyer der MPCP an dem Ort des Geschehens gefunden, jedoch wird ihre Echtheit angezweifelt. Dieselbe Überlebende beschrieb die Mörder als drei mit Gewehren bewaffneten Zivilisten ohne Gummistiefel und schwarzen T-Shirts, welche Merkmale für die dort einheimischen MPCP wären. Doch wer ist diese Gruppe? Die *Militarisierte Kommunistische Partei Perus* kurz MPCP ist eine Abspaltung des Leuchtenden Pfades. Diese Fraktion wird von Víctor Quispe Palomino angeführt und hat mit der historischen PCP des Vorsitzenden Gonzalo gebrochen, dennoch gibt sie sich weiterhin als maoistisch. So betiteln sie Gonzalo als einen Massenmörder und Verräter. Selbst operiert sie isoliert im VRAEM und ist in den Drogenhandel verwickelt. Für Entführungen und Zwangsrekrutierungen von Kindern sind sie ebenso bekannt. Bewusst werden diese Elemente von der bürgerlichen Presse *Senderistas* genannt, um den Anschein zu erwecken es gäbe den *Leuchtenden Pfad* immer noch und um die historische Organisation in ein weitaus schlechteres Licht dastehen zu lassen, als ihr zusteht. Die VRAEM-Region ist bekannt für den Anbau von Koka und so könnte es sich bei den Mördern um Drogenhändler handeln, ebenso kursierten Gerüchte es würde sich um kriminelle Venezolaner handeln oder gar die Präsidentschaftskandidatin Fujimori würde dahinterstecken, um einen Vorteil im Wahlkampf zu erhalten.

Zurück zur Stichwahl. Die linken und fortschrittlichen Kräfte sammelten sich um Castillo während die rechtskonservativen Kräfte Fujimori unterstützten. Die indirekte Unterstützung durch die Kampagne *Zieh dein Trikot an* von einem Teil der Fußballnationalmannschaft des Landes polarisiert, da die Diktatorentochter dieses Trikot für Wahlkampfszwecke missbrauchte. Rund 3/4 der Wahlberechtigten gaben ihre Stimmen ab. Dabei sollte man wissen, dass man für das nicht wählen in Peru eine Strafe zahlen muss. In fast allen vorherigen Umfragen war Castillo mit geringem Vorsprung vorne. Als dann das Ergebnis der Nachwahlbefragung bekannt gegeben wurde lag Fujimori vorne, da war es sieben Uhr abends. Um 22:10 Uhr gab die Schnellauszählung Castillo den Sieg. Später bei Bekanntmachung von 42% der Stimmen lag Fujimori mit 52,905% vorne und Castillo bei 47,095%. Das war zu erwarten, da die Stimmen aus den Städten als erstes ausgewertet wurden. Während Fujimori an der Küste, wo sich die meisten Städte befinden gewann, gewann

Castillo erdrückend im Inland zum Beispiel in der Provinz Puno mit über 89% der Stimmen. Je weiter ausgewertet wurde, desto geringer wurde die Differenz zwischen beiden Kandidaten bis Castillo am Ende mit umgerechnet 44.000 Stimmen Vorsprung gewann.

Natürlich erkannte Fujimori die Ergebnisse nicht an und sprach von Wahlfälschung, obwohl sie vorher noch verkündet hatte, diese zu respektieren. So wollte sie 802 Abstimmungsprotokolle aus den Regionen annullieren lassen, in denen Castillo vorne lag, woran sie scheiterte. Ganze 6 Wochen ließ sich die Wahlbehörde JNE Zeit, um Castillo am 19. Juli zum endgültigen Sieger der Wahl zu ernennen. Eine sehr unruhige Zeit, so starb ein Sympathisant von *Freies Peru*, nachdem er vor dem Gebäude der Wahlbehörde in Lima von Fujimoristas angegriffen und geschlagen wurde. Am 14. Juli versuchten ebenso Ultrarechte erfolglos den Präsidentenpalast zu stürmen, um den Übergangspräsidenten zu Neuwahlen zu zwingen.

Am 28. Juli war es dann soweit und Pedro Castillo wurde als Präsident am 200. Jahrestag der Unabhängigkeit Perus von der spanischen Krone vereidigt. In seiner Ansprache an die Nation behandelte er viele für die Peruaner wichtige Themen und bekräftigte seine Absicht für eine neue Verfassung. Auch besonders kündigte er an, er werde nicht in den Präsidentenpalast einziehen und von dort aus regieren, sondern es soll dort ein Museum entstehen, da der Palast von Francisco Pizarro gebaut wurde und ein koloniales Symbol darstelle.

Zuletzt zitiere ich einen kleinen Ausschnitt seiner Rede:

„Es gibt nun eine Regierung die mit dem Volk und für das Volk von unten aus regiert. Es ist das erste Mal, dass unser Land von einem Bauern, von jemanden der wie viele Peruaner über Jahrhunderte zu den unterdrückten Schichten gehört, regiert. Es ist auch das erste Mal, dass eine Partei aus der Provinz die Wahlen demokratisch gewinnt und dass ein Lehrer vom Land zum Präsidenten gewählt wurde“

Am nächsten Tag gab er sein Kabinett bekannt, bestehend aus 16 Ministern, darunter zwei Frauen. Zwei weitere Ministerposten wurden am Folgetag vergeben. Unter den Ministern sticht der ehemalige Guerillero Hector Bejar der *Nationalen Befreiungsarmee* aus den 60er Jahren und der neue Premierminister Guido Bellido hervor. Zweiterer wird Apologie des Terrorismus vorgewor-

fen, da er sich in einem Interview weigerte Edith Lagos eine „blutrünstige Anführerin von *Sendero Luminoso*“ zu nennen und stattdessen die PCP „eine Gemeinschaft von Peruanern die den falschen Weg gegangen sind“ nannte und die Journalistin fragte was sie gegen die Maoisten hätte, nachdem er damit konfrontiert wurde Lagos 2017 auf Facebook Tribut gezollt zu haben. Außerdem wird ihm vorgeworfen die MPCP im VRAEM zu besucht zu haben, weshalb ihm Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird und nebenbei Korruption. Erwähnenswert ist seine abneigende Haltung gegenüber Homosexuellen. In einem Facebook-Post aus dem Jahr 2019 zitiert er Fidel Castro (1963), der Homosexualität damals eine Entartung nannte, eine Position die Fidel später aber revidierte.

Es wird interessant bleiben wie sich Peru in den nächsten fünf Jahren entwickeln wird. Mit einer parlamentarischen Minderheit an Abgeordneten wird es jedenfalls nicht leicht für die Regierung werden. Es bleibt abzuwarten was von dem Versprochenen umgesetzt wird. Hoffnungen auf „Sozialismus“ sollte man sich nicht machen.

Demokratische Volksrepublik Korea

ZK der Arbeiterpartei Koreas: Presseerklärung vom 10. August 2021

Vorbemerkung der Redaktion offen-siv: Dieser Text ist eine offizielle Verlautbarung und wurde uns von der Botschaft der DVRK in der BRD zugestellt. Deshalb mussten wir darauf verzichten, den Text sprachlich zu überarbeiten, obwohl er nicht immer der deutschen Grammatik entspricht. Wir können schließlich nicht einfach eine offizielle Presseerklärung verändern.

Kim Yo Jong, stellvertretender Abteilungsdirektor des Zentralkomitees der Arbeiterpartei Koreas (WPK), gab am Dienstag die folgende Presseerklärung ab:

Die USA und der Süden

Die koreanische Armee startete verzweifelt gemeinsame Militärübungen, um die instabile Lage trotz der einstimmigen Anklage und Ablehnung im In- und Ausland weiter zu beschleunigen

„Kommandoübung“ vom 16. bis 26. August.

Sie sind der lebendigste Ausdruck der feindlichen US-Politik gegenüber der DVRK, die darauf abzielt, unseren Staat mit Gewalt zu ersticken, und ein unwillkommener Akt der Selbsterstörung, für den ein hoher Preis gezahlt werden sollte. Sie bedrohen die Sicherheit unseres Volkes und gefährden die Situation auf der koreanischen Halbinsel weiter.

Die gefährlichen Kriegsübungen, die von den USA und vorangetrieben wurden

Die Missachtung unserer wiederholten Warnungen durch die südkoreanische Seite wird sie sicherlich einer ernsthafteren Sicherheitsbedrohung gegenübersehen. Unabhängig von Umfang und Art sind die gemeinsamen Militärübungen aggressiver Natur, da sie eine Kriegsprobe und eine vorläufige Atomkriegsübung zur weiteren Abrundung der Vorbereitungen darstellen für die Umsetzung des Einsatzplans mit dem Präventivschlag gegen uns im Kern.

Jeden März und August flammen militärische Spannungen und Konfliktgefahr in und um die koreanische Halbinsel aufgrund des Kriegsrauschs der USA und Südkoreas auf. Now die USA treiben die Aggressionskriegsübungen in einer so sensiblen Zeit wie jetzt, in der die internationalen Augen auf die Entwicklung der Lage auf der Halbinsel gerichtet sind, beharrlich voran. Es ist in der Tat ein Hauptarchitekt, der Frieden und Stabilität in der Region zerstört.

Dies beweist auch, dass das von der gegenwärtigen US-Administration angepriesene „diplomatische Engagement“ und ein „Dialog ohne Bedingungen“ Heuchelei sind, um ihre Aggressivität zu vertuschen zur nationalen Verteidigung. Damit sich auf der Halbinsel Frieden einstellen kann, ist es für die USA zwingend erforderlich, ihre in Südkorea stationierten Aggressionstruppen und Kriegsgeräte abzuziehen.

Die Situation auf der koreanischen Halbinsel wird niemals verschwinden. Die Realität beweist, dass nur substanzielle Abschreckung, nicht Worte, den Frieden und die Sicherheit der koreanischen Halbinsel gewährleisten können und dass es für uns eine wesentliche Voraussetzung ist, eine Streitmacht aufzu-

bauen, die stark genug ist, um die Bedrohungen von außen vollständig einzudämmen. Wir haben klargestellt, dass wir den USA nach dem Prinzip Macht für Macht und Goodwill für Goodwill entgegentreten werden und einen mächtigen Präventivschlag, um jeglichen Militäraktionen gegen uns schnell entgegenzutreten.

Indem ich diese Gelegenheit nutzte, möchte ich mein tiefes Bedauern über das perfide Verhalten der südkoreanischen Behörden ausdrücken.

Ich gebe diese Pressemitteilung nach Genehmigung heraus.

Pjöngjang, 10. August 2021

Kim Jong Il: Einige Probleme zum Verständnis der Juche-Ideologie

Nach einem Gespräch mit Parteipropagandisten, 2. April 1974, Verlag für Fremdsprachige Literatur Pyongyang, Korea, Juche 91 (2002)

Vor kurzem erhielt ich von einem Gesellschaftswissenschaftler einen Brief, in dem er seine Meinung bezüglich der Juche-Philosophie darlegte.

Seinen Äußerungen nach zu urteilen, hat unsere Fachwelt, so kann man sagen, immer noch keine klaren Vorstellungen von dieser Philosophie.

Die Juche-Philosophie ist eine neue Weltanschauung, die von Kim Il Sung begründet wurde.

Sie ist die Philosophie, die ihre vorrangige Aufmerksamkeit auf den Menschen richtet, eine Philosophie, bei deren Verwirklichung und Systematisierung der Mensch in den Mittelpunkt gestellt wurde. Das bedeutet aber nicht, dass sie eine Philosophie ist, die einfach theoretische Fragen über den Menschen untersucht und klärt. Vielmehr richtet sie bezüglich der Grundfrage der Philosophie ihre größte Aufmerksamkeit auf den Menschen und untermauerte die Ansichten über die Welt mit dem Menschen als Mittelpunkt, die klare Einstellung zur Welt.

Beurteilt man die Ansichten des Absenders des Briefes, so scheint es, als setze er die Juche-Philosophie mit einer Art Lebensphilosophie gleich. Solche Auffassungen treten auch bei einigen anderen Gesellschaftswissenschaftlern auf.

Jene Philosophie, die sich mit allgemeinen Menschheitsfragen beschäftigt, besteht schon seit langem und hat viele Strömungen. Sie alle haben jedoch lediglich die Frage des Menschen schlechthin zum Gegenstand. Diese Lebensphilosophie ist eine Art Existentialismus, der die ureigene Mission der Philosophie als Wissenschaft negiert und sich vordergründig mit den Fragen befasst: Was ist der Mensch und was ist ein Menschenleben?

Die Juche-Philosophie ist aber etwas ganz anderes. Sie betrachtet die Stellung und die Rolle der Menschen, die sie in der Welt einnehmen, als die Grundfrage der Philosophie und stellt das philosophische Prinzip auf, dass der Mensch Herr über sämtliche Dinge ist und alles entscheidet. Die Grundfrage der Juche-Philosophie ist nicht einfach eine Frage nach dem abstrakten „Menschen“, sondern eine Frage nach dem Verhältnis zwischen Welt und Menschen, d. h. das philosophische Grundprinzip ist nicht eine einfache Lebenshaltung, sondern ein Prinzip, das die Grundlage unserer Weltanschauung bildet. Die Juche-Philosophie stellt also die Basis jener Weltanschauung dar, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht, eben der Juche-Weltanschauung.

Die Juche-Philosophie hat auch den Auffassungen über den Menschen eine neue Basis gegeben.

Die Frage der menschlichen Existenz wurde, historisch betrachtet, zwar seit langem als Forschungsgegenstand der Philosophie zur Debatte gestellt, fand jedoch keine vollkommene theoretische Klärung. Die Klassiker des Marxismus setzten dialektisch-materialistische Auffassungen von den Menschen durch und erzielten so einen großen Fortschritt in der philosophischen Interpretation der Frage nach dem Dasein des Menschen. Sie definierten das Wesen des Menschen als das „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ und maßten der materiellen Produktion und den sozialökonomischen Verhältnissen die entscheidende Bedeutung bei. Obwohl sie dialektisch-materialistische Auffassungen vom Menschen vertraten, vermochten sie es noch nicht, die grundlegende Mission des Menschen als Beherrscher und Umgestalter der Natur und Gesellschaft allseitig zu umreißen.

Eine diesbezüglich vollständige Lösung, d. h. richtige philosophische Aussagen über die Stellung und Rolle des Menschen als des die Natur und Gesellschaft beherrschenden und umgestaltenden Herrn konnte erst die Juche-Philosophie geben, indem sie erstmalig bewies, dass Souveränität, Schöpfer-

tum und Bewusstheit die wesentlichen Eigenschaften des Menschen als gesellschaftliches Wesen sind.

Die Juche-Philosophie und die Lebensphilosophie unterscheiden sich in ihren Konzeptionen über den Menschen grundsätzlich voneinander. Im Gegensatz zur Juche-Philosophie, die den Menschen als ein selbstständiges, schöpferisches und bewusst handelndes gesellschaftliches Wesen ansieht, leugnen die Befürworter der Lebensphilosophie den sozialen Charakter des Menschen und sehen ihn als ein von Instinkten beherrschtes, von der Welt losgelöstes, isoliertes und zur Tat unfähiges Wesen an. Die bürgerliche Lebensphilosophie, die eine wissenschaftliche Erkenntnis und die revolutionäre Umgestaltung der Welt negiert, verbreitet Lebensüberdruß, Pessimismus und extremen Individualismus.

Wir müssen ihr reaktionäres Wesen genau erkennen und den eigenschöpferischen Charakter der Juche-Philosophie richtig verstehen, welche die Frage der menschlichen Existenz neu aufgeworfen und gelöst hat.

Es ist hierbei notwendig, auch neuere Ansichten über die Welt richtig zu verstehen, bei deren Formulierung dem Menschen die größte Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Die Juche-Philosophie untermauerte die Ansichten sowie die positive Einstellung zur materiellen Welt, in welcher der Mensch in den Mittelpunkt gestellt wird. Eben hierin besteht ein wichtiges Merkmal der Juche-Philosophie als der revolutionären Weltanschauung unserer Epoche. Dadurch gab sie der Arbeiterklasse und den Volksmassen eine mächtige Waffe in die Hand, mit der sie im Stande sind, die Welt zu verändern und ihre eigenen Geschicke zu gestalten.

Manche Leute stellen neuerdings die These auf, dass sich die Welt um den Menschen als Mittelpunkt bewegt bzw. alle Veränderungen und Entwicklungen der materiellen Welt durch den Menschen vollzogen würden, und glauben damit, eine Diskrepanz der Juche-Philosophie zu den früheren Philosophien gefunden zu haben.

Die materialistische Dialektik hat aber bereits erkannt, dass die Welt nicht aus ideellen Faktoren besteht oder aus dem Bewusstsein hervorgeht, sondern sich allein aus Materie zusammensetzt, dass sie sich nicht durch irgendwelche

übernatürlichen Kräfte, sondern nach objektiven Gesetzen bewegt, verändert und entwickelt. Es ist eine unwiderlegbare Tatsache, dass die Welt ihrem Wesen nach Materie ist, dass sich die Einheit der Welt in ihrer Materialität darstellt und sie sich nach objektiven Gesetzen bewegt, verändert und entwickelt. Die Juche-Philosophie hat die Fragen neu beantwortet, wer Herr der Welt ist und worin die Kraft besteht, die es vermag, die Welt umzugestalten. Sie hat erstmals solche Auffassungen von der Welt dargelegt, dass Natur und Gesellschaft von den Menschen beherrscht und verändert werden, wodurch die Aufgaben unserer Epoche im Bereich der Philosophie, in der die Volksmassen als Herren ihrer eigenen Geschicke und der Geschichte aufgetreten sind, hervorragend erfüllt werden konnten.

Die Juche-Philosophie hat klargestellt, dass die Menschen, wie gesagt, Herren der Welt sind und die Welt von ihnen bezwungen wird. Sie beharrt jedoch nicht darauf, dass die materielle Welt sich um den Menschen als Mittelpunkt bewegt. Sie hat ferner festgestellt, dass die Menschen Umgestalter der Welt sind, was aber nicht bedeutet, dass alle Veränderungen und Entwicklungen der Welt von ihnen verursacht würden. Die Juche-Philosophie so zu begreifen ist auf Unkenntnis zurückzuführen. Bei der Interpretation der von ihr untermauerten Ansichten über die Welt dürfen die Stellung und Rolle des Menschen keinesfalls falsch aufgefasst werden.

Es ist wichtig, genaue Kenntnisse von der Souveränität zu haben, um die Juche-Philosophie richtig zu erfassen.

Sie hat zum ersten Mal gezeigt, dass der Mensch ein gesellschaftliches Wesen ist, für das die Souveränität das Leben ist. Das bedeutet eine historische Wende bei der Klärung der wesentlichen Eigenschaften des Menschen, seiner Stellung und Rolle.

Zurzeit machen sich jedoch falsche Auffassungen bei der Erörterung der Frage der Souveränität bemerkbar, die von der Juche-Philosophie erkannt wurde.

Manche Leute verstehen z. B., wie auch aus dem Brief eines Gesellschaftswissenschaftlers ersichtlich ist, die Souveränität des Menschen als etwas Entwickeltes und Abgeschlossenes bezüglich der natürlichen, biologischen Eigenschaften, die allen Lebewesen gemein sind, nämlich zu existieren.

Die Souveränität ist aber das inhärente Attribut, das der Mensch als gesellschaftliches Wesen besitzt, und darf daher nicht als eine Entwicklung und Vervollkommnung des natürlichen, biologischen Attributs der Lebewesen betrachtet werden.

Gegenteilige Ansichten sind dem Wesen nach evolutionäre Betrachtungsmethoden.

Natürlich verneinen wir die Evolutionstheorie selbst keineswegs. Die Wissenschaft hat ja schon vor langer Zeit bewiesen, dass der Mensch ein Produkt einer langen evolutionären Entwicklung ist.

Obwohl der Mensch ein solches Produkt darstellt, ist dessen Souveränität aber nicht das Produkt der Evolution.

Sie ist ein Produkt, das die Gesellschaft hervorbrachte, und ein Attribut, das nicht die Natur, sondern die Gesellschaft den Menschen verliehen hat, das nicht von der Natur übernommen, sondern gesellschaftlich-historisch determiniert und entwickelt wurde. Während die Natur den Menschen das natürliche, biologische Attribut gibt, prägt ihnen die Gesellschaft das gesellschaftliche Attribut ein. Die Souveränität des Menschen kann als eine Forderung und Widerspiegelung des sozialen Lebens, der gesellschaftlichen Praxis bezeichnet werden.

Zweifellos muss man also, ausgehend von der evolutionären Entwicklung und vergleichend mit den Lebewesen überhaupt, untersuchen, warum nur der Mensch die Souveränität besitzen kann.

Die Souveränität des Menschen ist, losgelöst von dessen spezieller Physiologie, die in einem langen Evolutionsprozess entstand und sich entwickelte, undenkbar.

Aufgrund seines hoch entwickelten Organismus besitzt der Mensch die einzigartige Fähigkeit, zu denken und zu arbeiten, eine Fähigkeit, die anderen Lebewesen fremd ist, genauso wie auch die Souveränität. Das heißt jedoch nicht, dass man sie auch als ein Ergebnis der evolutionären Entwicklung ansehen darf, wie das beim menschlichen Organismus der Fall ist. Die Souveränität, das inhärente Attribut des Menschen, gab es in der Zeit vor der Existenz der menschlichen Gesellschaft auch in genetischer Form nicht und konnte es auch nicht geben.

Die Souveränität des Menschen unterscheidet sich qualitativ von dem allen Lebewesen innewohnenden instinktiven Attribut, einfach ihre physische Existenz aufrechterhalten zu müssen. Die Souveränität des Menschen ist ein Attribut, das darin besteht, nur als gesellschaftliches Wesen leben und sich entwickeln zu können. Es ist falsch, die Souveränität, die den Menschen als gesellschaftliches Wesen auszeichnet, ausgehend vom instinktiven Streben nach Erhaltung der eigenen Art nachweisen zu wollen. Das würde nur zur Aufhebung der grundlegenden Unterschiede zwischen dem gesellschaftlichen Wesen und der Existenz der Natur, zwischen dem gesellschaftlichen Attribut und dem biologischen Sein führen.

Die Souveränität, über die der Mensch als ein gesellschaftliches Wesen verfügt, ist in jedem Fall eine sozialhistorische Kategorie und muss daher vom gesellschaftsgeschichtlichen Standpunkt aus betrachtet und erkannt werden.

Man darf andererseits jedoch nicht annehmen, weil die Souveränität des Menschen nicht als ein natürliches Attribut der Lebewesen gesehen werden kann, dass man aufhören muss, den Menschen selbst als Bestandteil des materiellen Seins zu betrachten.

Der Mensch an sich ist zwar ein materielles, aber kein einschichtiges Wesen. Der Mensch kann, im Gegensatz zu anderen Lebewesen, die sich der objektiven Welt unterordnen und anpassen, entsprechend seinen Wünschen und Forderungen die Welt beherrschen, verändern und umwälzen. Wenn man die Souveränität, das Attribut des Menschen, als ein natürliches Attribut ansieht, würde das letztendlich nichts anderes bedeuten, als dass die grundlegende Abgrenzung zwischen dem Menschen, dem gesellschaftlichen Sein, und dem Lebewesen überhaupt verwischt und die Stellung und Rolle des Menschen als des Beherrschers und Gestalters der Welt auf das Niveau der Kreatur überhaupt herabgesetzt wird.

Die Souveränität ist zwar ein wichtiges Attribut des Menschen, des gesellschaftlichen Seins, aber doch nicht die Gesamtheit aller gesellschaftlichen Attribute, die dem Menschen innewohnen. Zu ihnen gehören neben der Souveränität auch Schöpfertum und Bewusstheit, die aber jeweils andere Seiten zum Ausdruck bringen. Die Souveränität ist ein Attribut des Menschen, als Herr der Welt und seines eigenen Schicksals selbstständig leben zu wollen, Schöpfertum dagegen ist ein Attribut des Menschen, zielbewusst die Welt zu

verändern und sein Geschick zu gestalten, und die Bewusstheit ist ein Attribut des Menschen, das seine gesamte Tätigkeit darauf ausrichtet, die Welt und sich selbst zu erkennen und zu verändern. Diese drei Faktoren unterscheiden sich voneinander, stehen aber in einem untrennbaren dialektischen Zusammenhang. Losgelöst von der Souveränität, vermag man weder das Schöpfer-tum konsequent zu verwirklichen noch kann ohne Schöpfer-tum die Souveränität wirksam werden. Souveränität und Schöpfer-tum setzen Bewusstheit voraus, die beides ermöglicht. Deshalb ist es bei der Erfassung der gesellschaftlichen Attribute des Menschen wichtig, Souveränität, Schöpfer-tum und Bewusstheit im Gesamtzusammenhang zu betrachten.

Die Juche-Philosophie hat die wesentlichen Eigenschaften des Menschen, seine Stellung und Rolle als Beherrscher und Gestalter der Welt neu durch-dacht und der Würde und den Fähigkeiten des Menschen den höchsten Stellenwert zuerkannt. Das ist ein großes Verdienst der Juche-Philosophie, das von keiner anderen philosophischen Idee vollbracht werden konnte.

Die Juche-Philosophie ruft bei den Völkern der Welt mit jedem Tag stärkeren Widerhall und leidenschaftlichere Sympathie hervor.

Wir müssen erreichen, dass die Gesellschaftswissenschaftler die Juche-Philosophie tiefgründig studieren, richtig erläutern und propagieren, um der großen Bedeutung der Juche-Ideologie gerecht zu werden.

China

Hermann Jacobs: China – und eine Position der DKP

Die Chinesische Akademie für Gesellschaftswissenschaften - diese vielleicht nur vordergründig, es könnte auch die KP Chinas selbst sein - hat anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung der KP Chinas „Hundertern ausländischen Kommunisten“ insgesamt 8 Fragen gestellt. Sie betreffen im Wesentlichen die Rolle wie Bedeutung Chinas, seitdem die Kommunistische Partei die regierende Kraft dieses Landes ist. Insbesondere geht es der chinesischen Akademie darum, wie die Entwicklung in China auf das sozialistische Denken weltweit ausgestrahlt hat. Hat China den „Prozess des Weltsozialismus ge-

fördert?“, lautet eine der Fragen. Eine andere ist gewidmet auch den „Lehren, die aus den drastischen Veränderungen (!, *nicht Konterrevolution, J.*) in der Sowjetunion und in Osteuropa gezogen wurden“.

Einer der befragten Kommunisten ist Patrik Köbele, der Vorsitzende des Parteivorstandes der DKP. Seine Antworten nun sind veröffentlicht in der Nummer 3/2021 der „Marxistischen Blätter“, dem theoretischen Organ der DKP. Die Redaktion vermerkt einleitend: „Wir dokumentieren hier die Antworten, die Patrik Köbele in Abstimmung mit dem Sekretariat des Parteivorstandes für die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) gegeben hat“. Wir haben es also mit einer Position der DKP an sich zu tun, die ihr Vorsitzender nur öffentlich macht.

Ich gehe hier nicht auf alle Antworten ein, die Patrik Köbele gegeben hat, d.h. wie er bzw. damit auch die DKP den von der KP Chinas insgesamt ausgehenden Einfluss auf die Welt im Allgemeinen, das sozialistische Gedankengut im Besonderen einschätzt. Äußern muss ich mich aber zu einer Antwort auf die Frage Nr. 6, in der er (resp. damit die DKP, mindestens ihr Sekretariat) Verhältnisse einschätzt und kommentiert bzw. mit denen Chinas vergleicht, die *die DDR und weitere Länder des bisherigen Sozialismus betreffen*. Denn darin erscheint eine Position der *Distanz* der DKP oder ihres Vorsitzenden vom Aufbau des Sozialismus in eben diesen Ländern; hier ist eine Aussage über China also nur dazu benutzt, sich zur DDR usw. zu äußern - und das muss kommentiert werden.

*

Die Akademie hatte gefragt (Frage 6): „Wie hat die Kommunistische Partei Chinas Ihrer Meinung nach den Prozess des Weltsozialismus gefördert? Wie sind die Zukunftsaussichten des Weltsozialismus zu beurteilen?“

Aus der Antwort von Patrik Köbele nun der Teil, auf den es mir ankommt und auf den reagiert werden muss – unabhängig davon, dass hier Fragen der Akademie der Gesellschaftswissenschaften Chinas – oder gar der KP Chinas selbst (nur versteckt) – vorliegen.

Patrik Köbele:

„ ... Die Fähigkeit (*der KP Chinas, J.*), die besonderen nationalen und kulturellen Traditionen schöpferisch mit der marxistisch-leninistischen Theorie zu

verbinden, halten wir für einen wichtigen Impuls. Hierzu gehört auch, in der Ökonomie und ihrer Steuerung neue und kreative Wege zu gehen“.

Und dann die Stelle, um die es mir geht:

„In der DDR wurde dies in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts mit dem NÖS (Neuen ökonomischen System) versucht. Das NÖS war der Versuch einer durchgreifenden Wirtschaftsreform hin zum intensiven Wirtschaften. Der Kern des Problems bestand in der Überwindung eines ineffektiv gewordenen Wirtschaftsmechanismus (!, J.), nicht vordergründig im Verhältnis von Plan und Markt – an der Machtfrage wurde nicht gerüttelt, auch nicht an der zentralen Rolle des Planes. Es ging um die Steigerung der Arbeitsproduktivität als Voraussetzung einer dem Kapitalismus überlegenen Ökonomie. Es folgte der Erkenntnis: Nur durch Transfer wissenschaftlich-technischer Entwicklung und eine Methode organisch verbundener flexibler Steuerungsmethoden der gesellschaftlichen Produktion war eine signifikante Erhöhung der Produktivität möglich und damit die notwendige Steigerung der Akkumulationskraft. Dazu gehörte die Neubestimmung der Ware-Geldbeziehung (!, J.) wie auch die Erkenntnis, dass der Sozialismus nicht nur eine Durchlaufphase zum Kommunismus sei, sondern eine relativ selbständige Gesellschaftsformation. (!, J.) Die kritische Aufarbeitung der Ökonomiepolitik der DDR und anderer sozialistischer Staaten wie auch ökonomischen Erfolge Chinas sind inspirierend für theoretische Weiterentwicklungen und einer neuen Attraktivität, über den Sozialismus nachzudenken“. (ebda. S. 18/19).

Ich weiß nicht, ob die KP Chinas – oder sagen wir auch die genannte Akademie – sich im ökonomischen Kurs, den China eingeschlagen hat, in Eins sieht mit dem NÖS der DDR bzw. mit der vom damaligen Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, verkündeten These vom „Sozialismus als einer relativ selbstständigen Gesellschaftsformation“. Ich denke aber eher nicht. Die KP Chinas hat ihren Kurs selbstständig bestimmt. Dafür spricht vielzusehr der innere Prozess, den China ab dem Ende der 70er Jahre durchlaufen hat (Deng-Reformen). Aber umgekehrt wird ein Schuh daraus: Patrik Köbele, die DKP, zieht eine Linie – ausgehend von China – zum NÖS in der DDR, zu der neuen Theorie über die Gesellschaftsordnung im Sozialismus. *Er* bzw. das Sekretariat der DKP leitet aus dem System, das China gewählt hat, ab, dass auch das NÖS das ... na, sagen wir bessere, richtigere ökonomische

System gewesen wäre als jenes, das die DDR (abgeleitet aus dem der UdSSR) aber hatte.

Aber wer anderer Meinung, muss nun sich natürlich fragen, ob das richtig ist, ob das NÖS das hergibt: ein *System* für den Sozialismus zu sein – der dazu noch als eigenständige *Gesellschaftsformation* ... formuliert wurde. Und wir müssen die Antwort suchen, ganz ohne China überhaupt mit einem Wort zu erwähnen.

Meine Antwort nun lautet: Nein, das NÖS war ein solches System für den Sozialismus nicht. Ausgehend von China ein Urteil auch über das NÖS zu fällen, ausgehend von chinesischen Erfolgen auf einen Erfolg auch des NÖS zu schließen, ist zumindest gewollt, aber so nicht bewiesen, beweisbar. (Aber mehr dazu nicht hier).

Nun mein Kommentar:

Zwei Dinge vorweg: 1. Die geschichtliche Realität ist so, dass China seinen Weg, den es vor 100 Jahren unter der Führung der KP Chinas begonnen hat, weiter fortsetzt – die chinesische gesellschaftliche Realität ist eine praktische/praktizierte. Was umgekehrt die Sowjetunion und die weiteren sozialistischen Länder Europas betrifft, so hat deren Realität geendet. (Die Gründe hierfür sind eine andere Frage). Deren – auch sozialistische - Praxis kann nicht weiter verfolgt werden. Unter diesen Verhältnissen ist es normal, dass sich die Aufmerksamkeit der sozialistischen Bewegung im Weltmaßstab mehr China, der chinesischen gesellschaftlichen Praxis zuwendet; entsprechende Aktivitäten der DKP hierzu sind also logisch bzw. unvermeidlich – und auch zu begrüßen. 2. Für logisch und verständlich halte ich auch, dass kommunistische Parteien, also auch die DKP, wenn sie schon China, die chinesischen Verhältnisse stärker studieren – und dabei natürlich auf die viel stärkere Anwendung der kapitalistisch-warenökonomischen Methodik in diesem Land stoßen, die Frage nach ähnlich angedachten Reformen in den ehemals europäischen sozialistischen Ländern stärker in Augenschein nehmen. Wenn also Patrik Köbele die Frage nach dem NÖS der DDR bzw. einer Überlegung von Walter Ulbricht nach einer Gesellschaftsformation eigenständigen „sozialistischen Charakters“ aufgreift, so ist das ebenfalls – unter dieser Bedingung, dass China stärker in das Blickfeld des Kommunismus rückt, logisch, verstehbar ... unvermeidlich.

Aber was ist nicht logisch, nicht zu verstehen, daher ... vermeidbar? Dass man durch Konzentration auf China die Analyse des ökonomischen Systems, das die Sowjetunion, DDR usw. angewendet hatten, quasi beendet, also aufgibt. Viele Worte zu China – Ja, Kein Wort zu ... uns – Nein.

China bereichert den Sozialismus – das ist zu prüfen. Aber dass *wir* ihn verarmt haben, das ist falsch und zu verwerfen. Kommunistische Parteien von Heute, d.h. Parteien unter dieser Bedingung, dass China lebt, die UdSSR/DDR usw. nicht mehr, tun gut daran, die kommunistische Lehre, und das heißt ihre Programmatik, weiterhin auf dem doppelten Boden zweier bisheriger Praktiken in der Welt zu entwickeln.

Man muss die Position, die Patrik Köbele/die DKP gegenüber China, seinem System, und gegenüber der UdSSR/DDR usw. und deren System daher einnimmt, verstehen, aber sie nicht so weitgehend verstehen, dass damit eine Aufgabe/Abwendung von der DDR/UdSSR usw. verbunden ist – auch wenn das verschleiert erscheint durch Hinwendung zu NÖS-Reformen etc.. NÖS war/sollte werden ja eine Aufhebung des plangelenkten ökonomischen Systems der DDR.

Dieses planwirtschaftliche System hat sich von dem Chinas wesentlich unterschieden. China operiert mit Kapitalisten, mit einem im Grunde kapitalistischen System – wenn auch nicht nur, nicht absolut, China tangiert die kapitalistisch entwickelten Verhältnisse der Warenökonomie – umfassend, wenn auch nicht absolut, die Sowjetunion, DDR usw. aber waren bereits – wenn auch noch Preis, Geld, Geldform der Löhne gebrauchend – durch ein anderes Preis-Geld-System an sich, also bereits durch ein besonderes geschichtliches System geprägt, das über den Kapitalismus historisch hinausweist: eben einem System stabiler Preise/Festpreise und daher (!) substantiell bestimmter Geldmenge/Löhne, also gebrauchswertgedeckten Geldes. China dagegen kämpft beständig um seine Geldwertstabilität, d.h. ist durch ein System permanenter Inflation geprägt. Ist das chinesische System noch immer – dem Wesen nach – privatgesteuert, so war das sowjetische System schon gesellschaftlich gesteuert. Ob China ein sozialistisch/kommunistisches Land ist, muss immer noch an seinem Subjekt, der politischen Herrschaft durch eine kommunistische Partei gemessen werden. In der UdSSR, DDR usw. war das bereits an den Verhältnissen zur Produktion messbar. D.h. wir hatten uns bereits gesellschaftlich auf den Kommunismus zubewegt, China dagegen hat

eine erste Stufe erst vor der gesellschaftlichen Stufe erreicht - politische. Von uns aus kann besser geschlossen werden, was Kommunismus eigentlich ist – im ökonomischen Sinne ist, in China ist das erst ein Programm – das auf sein ... na, sagen wir 140. Jahr des Jubiläums hoffen darf. (Hat die KP Chinas, hat Xi Jinping auch so gesagt).

China – ja, es existiert. Man k a n n so denken wie Patrik Köbele, die DKP. Dennoch bin ich anderer Meinung und empfehle Patrik Köbele wie der DKP an sich, einen anderen Weg zu gehen: Den des tieferen Nachdenkens über den Weg der UdSSR, DDR usw., den des *objektiv notwendigen Verhaltens* zu den warenökonomischen Verhältnissen des Kapitalismus. Das schärft auch unseren Blick auf China. Aber das entspricht auch mehr dem Marxschen Denken.

Hermann Jacobs

Sommercamp der KO

Kommunistische Organisation: Sommercamp 2021

Vom 30. Juli bis 8. August führten wir als Kommunistische Organisation unser zentrales Sommercamp durch. Nachdem das für 2020 angesetzte Camp pandemiebedingt – wie viele weitere geplante Zusammenkünfte im zurückliegenden Jahr – nicht stattfinden konnte, war dieses Event von besonderer Bedeutung für die Organisation.

Der Gesundheitsschutz aller Beteiligten hatte für uns während der gesamten Woche oberste Priorität. Alle gemeinsamen Aktivitäten, Diskussionsrunden und Mahlzeiten fanden draußen statt. Mit Abstandsregeln und FFP2-Maskenpflicht in Innenräumen sowie täglichen Schnelltests für alle beugten wir Ansteckungen mit Covid-19 vor, sodass es zu keinem positiven Fall während oder infolge des Camps kam. Der Gesundheitsschutz unter Anleitung von Hygienebeauftragten und Sanitätsschichten war also Pflicht aller Teilnehmenden. Der inhaltliche Schwerpunkt des Camps lag auf der Diskussion, was die konkrete Aufgabe der KO – ihr nächster Schritt für den Aufbau der Kommunistischen Partei – sein muss und wie sie anzugehen ist. Die Frage nach unseren aktuellen Aufgaben und den notwendigen nächsten Schritten

zog sich als roter Faden durch das gesamte Programm aus Workshops, Vorträgen und Abendveranstaltungen. In den Diskussionen wurde deutlich, dass wir uns noch einiges erarbeiten müssen, wenn wir klare Antworten haben wollen.

Parteifrage und Imperialismus

Über ein Jahr lang war der persönliche Austausch in der Gesamtorganisation pandemiebedingt stark eingeschränkt. Mit dem Sommercamp ergriffen wir die Möglichkeit zur intensiveren Diskussion um den Parteiaufbau und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten für die KO. Deshalb standen die Parteifrage und die gegenwärtige Krise der kommunistischen Bewegung im Mittelpunkt unseres inhaltlichen Programms.

Die Basis hierfür bildeten sieben Workshops mit unterschiedlichen Schwerpunkten. In den Runden zur Partei Neuen Typs sowie zur Entwicklung des Parteikonzepts nach 1945 stand die Frage im Mittelpunkt, wie wir allgemeine Prinzipien der Partei und besondere historische Bedingungen in ein richtiges Verhältnis bringen können und inwiefern Angriffe auf die organisierte Arbeiterbewegung (etwa das KPD-Verbot 1956) bis heute die kommunistische Organisation prägen. Zur Bolschewisierung der kommunistischen Parteien diskutierten wir, wie eine konkrete Anwendung der historischen Erfahrungen beim zukünftigen Aufbau einer kommunistischen Kampfpartei aussehen sollte – etwa die Organisation in Betriebszellen. Im Workshop zur Kaderfrage ging es darum, wie wir uns selbst zu Kadern entwickeln können, welche Ansprüche wir damit an uns stellen und wie diese Entwicklung planmäßig durch die gesamte Organisation anzugehen ist. Wir diskutierten auch die Themen Einfallstore des Revisionismus sowie Charakter und Ursprünge der Krise der kommunistischen Bewegung. Wir stellten fest, dass die Verbreitung revisionistischer Auffassungen und die fehlende Verankerung in der Arbeiterklasse miteinander zusammenhängen. Die derzeitige Krise der Bewegung ist damit keine rein ideologische, sondern eine ideologisch-praktische. Unsere Organisation hat sich ein grundlegendes Verständnis vom Revisionismus und seinen Folgen erarbeitet. Wir brauchen jedoch einen umfassenderen Überblick über die verschiedenen vom Marxismus-Leninismus abweichenden Strömungen. Wir müssen erst lernen, wie wir den Revisionismus in all seinen Formen erkennen und schließlich auch erfolgreich bekämpfen können. Im Workshop zur internationalen kommunistischen Bewegung konnten wir festhalten, dass der

von uns angestrebte Klärungsprozess nicht von den Debatten zu trennen ist, die auf internationaler Ebene – zum Imperialismus, zur sozialistischen Gesellschaft, zur Partei usw. – geführt werden. Wir müssen dabei weiterhin versuchen, die Verbindung unserer Entwicklung in ein konkretes Verhältnis zur internationalen kommunistischen Bewegung und den Debatten darin zu setzen, auch um von den Erfahrungen aus anderen Ländern zu lernen.

In allen Workshops kam zum Ausdruck, dass viele Fragen zur Partei und zur tiefen Krise der Bewegung nicht beantwortet werden können, ohne sich ernsthaft mit der historischen Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung auseinanderzusetzen. Deren Erfolge – die Aufbauprozesse und Siege – ebenso wie ihre Niederlagen – revisionistische Abwege, Zersplitterung, Konterrevolution – müssen von uns noch tiefer durchdrungen werden. Das erachten wir als dringende Aufgabe, um die historischen Erfahrungen für heute nutzbar zu machen. Es ist ein großes Problem, dass derzeit in Deutschland keine kommunistische Partei existiert, die im Stande wäre, solch eine Auswertung vorzunehmen. Dabei wird deutlich, welche Aufgaben noch vor uns liegen und dass wir uns erst ganz am Anfang der Auseinandersetzung befinden.

Ein weiterer Bestandteil des Camps waren die Abendrunden zum Imperialismus, die, neben einer Einführung in die Imperialismus-Theorie Lenins, spezifische Veranstaltungen zur Entwicklung in unterschiedlichen Teilen der Erde umfassten: Vorträge und Diskussionen zu Russland und Osteuropa, zu Lateinamerika, zu Afrika, zu West- und Ostasien. Konkret beschäftigten wir uns hier mit politischen, ökonomischen, geostrategischen und militärischen Aspekten, mit imperialistischen Konfrontationen, der historischen Entwicklung, der Lage der Arbeiterklasse und schließlich auch mit den kommunistischen Kräften in den verschiedenen Weltregionen. Da eine vertiefte Auseinandersetzung auch hier bei uns noch aussteht, konnten wir viele der Aspekte nur anreißen. Dabei können wir jedoch nicht stehenbleiben. Wir brauchen ein genaueres Verständnis des Imperialismus, der verschiedenen Strategien imperialistischer Staaten und der Entwicklungsdynamiken innerhalb des imperialistischen Weltsystems. Voreilige oder nur oberflächliche Bewertungen der internationalen Lage verhindern eine klare Kampforientierung hierzulande und können keine Perspektive für die internationale Organisation geben. Somit waren die Abendrunden ein wichtiger Teil unserer Diskussion auf dem Camp, bei denen

wir auch von den anwesenden ausländischen Genossen lernen konnten. Wir wollen davon ausgehend die notwendige Auseinandersetzung fortführen.

Kommunistische Bewegung und internationale Gäste

Unser Programm auf dem Camp umfasste auch eine von Genossen der KPD organisierte Runde, in der sie die Geschichte und Entwicklung ihrer Partei seit 1990 vorstellten und Raum zur gemeinsamen Diskussion darum gaben.

Neben den Vertretern der KPD konnten wir mehrere internationale Gäste auf unserem Camp begrüßen: Genossen der Jeunes Communistes Lyon aus Frankreich, der Colectivos de Jóvenes Comunistas aus Spanien (CJC) sowie Genossen von Organisationen aus weiteren Ländern waren vor Ort. Ihre Grußbotschaften wie auch ihre aktive Teilnahme an den Diskussionen waren eine Bereicherung für unser Camp. Weitere Grußworte sendeten uns die Kommunistische Partei Schwedens (SKP) und die Revolutionäre Kommunistische Partei Frankreichs (PCRF). Unsere internationalen Gäste thematisierten die tiefe Krise der kommunistischen Bewegung – den Opportunismus und insbesondere Revisionismus, der in Teilen der Bewegung noch immer tief verankert ist. Auch sie stellten die Frage der Kommunistischen Partei in den Mittelpunkt und unterstrichen die Notwendigkeit einer demokratisch-zentralistisch organisierten, wissenschaftlich arbeitenden und mit der Arbeiterklasse verbundenen Partei. Die internationalen Beiträge waren ein guter Aufhänger zum gemeinsamen Austausch über diese Fragen.

Abgerundet wurde das inhaltliche Programm durch Diskussionsrunden zur Massen- und zur kommunistischen Gewerkschaftsarbeit, zur marxistischen Staatstheorie, zur kommunistischen Moral, zum Sozialismus, zu neofaschistischen Entwicklungen sowie zu Palästina, dem dortigen Befreiungskampf und der Frage, wie gerade hier in der BRD der Klassenfeind dieses Thema für sich instrumentalisiert. Außerdem gab es mehrere offene Frage-Antwort-Runden zur KO, die sich vor allem an neuere Genossen und Interessierte richteten.

Kultur und Kollektivität

Neben den Diskussionen der zentralen Fragen gab es einige kulturelle und sportliche Aktivitäten auf dem Sommercamp: Eine Wanderung

mit Inputs zur Geschichte der proletarischen Wanderbewegung und zu Zwangsarbeit in der Region, Fitness-Angebote, eine Theateraufführung von Bertolt Brechts „Die Maßnahme“ und das gemeinsame Singen traditioneller Arbeiterlieder. Die tägliche Umsetzung des Camps – die Versorgung, die Küche, die Ordnung und Hygiene – konnte nur auf viele Schultern solidarisch verteilt funktionieren. So gab uns das Sommercamp nicht nur die Möglichkeit zum gemeinsamen Austausch, sondern forderte auch ganz praktisch unser kollektives organisiertes Handeln.

Danksagungen und Ausblick

Insgesamt betrachten wir das zurückliegende Sommercamp als Erfolg. Wir haben es geschafft, nach über einem Jahr eingeschränkten Austauschs ein neuntägiges Camp – bei korrekter Umsetzung des Gesundheitsschutzes – zu organisieren, auf dem wir unser kollektives Verständnis der vor uns liegenden Aufgaben schärfen konnten. Wir danken allen Teilnehmern des Sommercamps für ihre umfangreiche Unterstützung, die solch eine disziplinierte und offene Zusammenkunft erst ermöglicht hat. Besonders danken möchten wir all unseren internationalen Gästen für ihre Teilnahme und inhaltlichen Beiträge. Dies gilt auch für die Organisationen, die uns Grußworte zukommen ließen. Der internationale Austausch über Erfahrungen im Aufbau hat für uns große Bedeutung und wir wollen ihn zukünftig vertiefen. Ein Dank geht auch an die Genossen der KPD für ihre Teilnahme am Sommercamp und ihre Unterstützung beim inhaltlichen Programm. Auch hier streben wir eine Intensivierung des gemeinsamen Austauschs an: Wir wollen die drängenden Fragen offen diskutieren und auch von den Erfahrungen der KPD lernen.

In der Summe haben uns sowohl die Auseinandersetzungen zur Parteifrage, zur Krise der kommunistischen Bewegung und auch zur Frage nach der Analyse des imperialistischen Weltsystems vergegenwärtigt, wie groß die Aufgaben sind, die vor uns liegen. Vereinfachungen oder Illusionen können hier als vermeintliche Abkürzungen auf dem Weg zu einer revolutionären Strategie und einer Kampfpartei erscheinen – tatsächlich sind sie aber Verirrungen, die uns gerade von diesem Weg abbringen. Wir sind uns unserer momentanen Schwäche bewusst, die eine intensive Klärung in vielen der aufgeworfenen

Fragen und den Parteaufbau erschwert. Dennoch können wir angesichts der Kollektivität, der Ernsthaftigkeit und der Solidarität, die wir auf dem Sommercamp erlebt haben, selbstsicher sagen, dass wir uns dieser Aufgabe bewusst annehmen.

Packen wir's an!

MLPD

Heinz Ahlreip: „Gefährder“ Stefan Engel

Die MLPD geht derzeit wieder einmal mit ihrem Stefan Engel reüssieren, der 37 Jahre lang ihr Parteivorsitzender war. Und zwar will er am 3. August 2021 vor dem Verwaltungsgericht Meiningen gerichtlich gegen seine Einstufung als Gefährder durch die Polizeidirektion Saalfeld in Thüringen vorgehen. Großmäulig verspricht die RF der MLPD ein "bundesweites Politikum" (RF 13/21,S.9). Das wird der Zivilprozess garantiert nicht. Die MLPD ist viel zu marginal, um Geschichte in Weltgeschichte zu verwandeln, wie es nach Marx und Engels im Feuerbachkapitel der 'Deutschen Ideologie' der Arbeiterklasse zufällt.

Engel wird seit dem Frühjahr 2018 wegen der Mitorganisation eines rebellischen Musikfestivals in Truckenthal (Thüringen) als Gefährder bezichtigt. Was die RF der MLPD unterschlägt, ist Lenins radikale Ablehnung des Musikkonsums für Berufsrevolutionäre. Wir sollten die Organisation irrationaler Events dem perversen rechten Abschaum überlassen, solange eine Diktatur des Proletariats diese noch nicht gleich von vornherein unterbinden kann. Engel erweist sich durch seine "kulturellen" Aktivitäten vor allem als Gefährder der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Sein Rechtsanwalt lamentiert, Engel sei ein unbescholtener Bürger. Herr des Himmels und der Trompeten! Engel träumt davon, dass sich sein Kopf als sechster hinter Mao platzieren wird, zu Lebzeiten und darüber hinaus.

Dazu sind Gerichtsverfahren aber ein untaugliches Mittel. Stalin wurde u. a. deswegen der Stählerne, weil er 1907 im Auftrage Lenins die Staatsbank in Tiflis leeräumte. Dzerschinski wurde u. a. deshalb der Eiserne, weil er wegen

revolutionärer Untergrundtätigkeit dreizehn Jahre in polnischen Gefängnissen zubrachte. Und nun kämpft Engel in Meiningen und Umgebung mit der bürgerlichen Justiz um seine kleinbürgerliche weiße Weste und packt damit “den antikommunistischen Stier bei den Hörnern“ (RF 14/21,S.35). Was für ein treffliches Bild! Diesen Stier können nur gestählte und eiserne Berufsrevolutionäre Leninscher Prägung bei den Hörnern packen, aber nicht kleinbürgerliche Arbeiteraristokraten, denen die weiße Weste – im bürgerlichen Sinne!! - näher ist als die rote Fahne. Als Handlanger der Imperialisten sind die kleinbürgerlichen weißen Westen gerötet durch Arbeiterblut. Am 7. Dezember 1889 schrieb Engels an Sorge: “Das widerwärtigste hier (in England) “ist die den Arbeitern tief ins Fleisch gewachsene ‚respectability‘ (Ehrbarkeit), im Vorwort zur zweiten Auflage der arbeitenden Klasse in England aus dem Jahr 1892 spricht Engels von einer Aristokratie in der Arbeiterklasse. (Vergleiche Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, Werke Band 23,110). Wie es dem Adel vor 1789 untersagt war, handwerklich tätig zu sein, so will sich auch Stefan Engel die Hände nicht schmutzig machen. Wir sehen auch, in welche Untiefen missratene Kapitäne, die im politisch-historischen Kontext auf die Denkweise setzen, das Schiff der Revolution steuern können.

Gregor Lenßen: Replik auf den Artikel „‘Gefährder’ Stefan Engel“ in DRF August 2021 von Heinz Ahlreip

Lieber Heinz,

dein Misstrauen gegen den ehemaligen MLPD-Vorsitzenden Stefan Engel teile ich. Herr Engel verbucht in seiner Biografie als einen seiner größten Erfolge die Beteiligung am sogenannten Reichsbahnerstreik in Westberlin, der direkt gegen die DDR gerichtet war. Dass Herr Engel hier nicht das Offensichtliche sieht, spricht für sich. Ebenso kurios sind bekanntermaßen die häufigen Millionenspenden an die MLPD, die sonst in solcher Höhe und Häufigkeit nur bürgerliche Parteien erhalten. Da die MLPD sich so gerne des bürgerlichen Justizapparates bedient, werde ich hier auf Mutmaßungen verzichten, warum sich der Geldsegen bei einer derart kleinen Partei so oft häuft. Gründe die MLPD zu kritisieren und kritisch zu betrachten gibt es also mehr als genug.

Nicht kritisieren sollte man Engel und die MLPD aber nicht an falschen Themen, nämlich für ihr Engagement im musikalischen Bereich. Du schreibst: **„Was die RF der MLPD unterschlägt, ist Lenins radikale Ablehnung des Musikkonsums für Berufsrevolutionäre. Wir sollten die Organisation irrationaler Events dem perversen rechten Abschaum überlassen, solange eine Diktatur des Proletariats diese noch nicht gleich von vornherein unterbinden kann.“** Ich weiß nicht, wann und wo Lenin sich derart abwertend über die Musik geäußert haben soll, in jedem Fall wirkt es heute stark aus der Zeit gefallen. Ich nenne hier nur mal ein paar wenige revolutionäre Vertreter der musikalischen Zunft: Bertold Brecht, Ernst Busch, Hans Eisler, Johannes R. Becher, Oktoberclub und viele mehr.

Du hast vorgeschlagen, dass man die Organisation von Festivals lieber den Faschisten überlassen sollte. Das kann doch nicht ernsthaft unser Standpunkt sein, dass wir auf kulturellem Gebiet vor dem schlimmsten Feind kapitulieren! Das Gegenteil muss der Fall sein: Eine so attraktive Idee wie der Kommunismus muss in ein ebenso zeitgemäßes musikalisches Gewand gekleidet werden, dass jeder Prolet, jede Frau und jeder Mann beim Malochen und beim Streiken auf den Lippen hat. Musik war für die kommunistische Bewegung immer ein wichtiger Zugang zum Herzen der Klasse und muss das auch für immer bleiben.

Heinz Ahlreip: „Neue Politiker braucht das Land“ – sagt die MLPD

Wer mit offenen Augen durch die Welt geht, der wird ein für eine Partei, die sich als kommunistische bezeichnet und sich auf Stalin bezieht, ein merkwürdiges Wahlplakat entdecken: „Neue Politiker braucht das Land“, gezeichnet: MLPD. Diese Partei behauptet, dass sie dem Wahlvolk die Wahrheit sagt. Doch schauen wir näher hin. Während der Lektüre der von Stalin 1924 an der Swerdlow-Universität gehaltenen Vorlesung ‘Über die Grundlagen des Lenismus’ muss man unwillkürlich an die Parole der MLPD denken. Was führt denn Stalin in seiner Vorlesung aus?

"Für die Menschewiki und Opportunisten aller Länder, die die Diktatur wie das Feuer fürchten und vor Schreck den Begriff Diktatur mit dem Begriff 'Machteroberung' vertauschen, besteht die 'Machteroberung' gewöhnlich in

einem Wechsel des "Kabinetts", darin, daß eine neue Regierung vom Schlage Scheidemanns und Noskes, Mac Donalds und Hendersons zur Macht gelangt. Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß solche und ähnliche Kabinettswechsel mit der Diktatur des Proletariats, mit der Eroberung der wirklichen Macht durch das wirkliche Proletariat nichts gemein haben".

Die Parole der MLPD ist ohne Zweifel eine opportunistische, wahltaktische, von jeder beliebigen bürgerlichen Opposition aufgreifbare. Sie kann, das dürfte klar geworden sein, mit der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus nichts gemein haben. *Man kann eben dem Volk nur auf der GRUNDLAGE DES MARXISMUS-LENINISMUS die Wahrheit sagen.* Die Kommunistinnen und Kommunisten können nur die wirkliche Diktatur des wirklichen Proletariats anstreben. Das ist doch heute eine Binsenweisheit.

Nicht mit dem Kugelschreiber in einer Wahlkabine bei einer bürgerlichen Parlamentswahl ist die Diktatur des Proletariats zu erreichen, eine bürgerliche Wahl kann immer nur den Reifegrad des Proletariats anzeigen, mehr kann sie nicht. Bei einer solchen bürgerlichen Wahl sind die Menschen immer Opfer von Betrug und Selbstbetrug (Vergleiche Lenin, Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, Dietz Verlag Berlin, 1988,13).

Die politische Macht ist für die "täglich und stündlich" (Manifest) unter den Qualen des kapitalistischen Produktionsprozesses leidenden Millionen und Abermillionen nur dadurch zu erobern, dass die Massen der Proletarier und die Massen der Klein- und Zwergbauern sich erheben und Volksmilizen bilden. Statt stehendes Heer und Polizei allgemeine Volksbewaffnung. Die Zerschlagung des bürgerlichen Militärapparates war 1871 der erste Akt der Pariser Commune und ist auch heute von zentralster Bedeutung. Und auf die bewaffneten Massen stützt sich dann auch primär die Diktatur des Proletariats. Das ist die wissenschaftliche und von den geschundenen und bewussten Arbeitern und Bauern leicht nachvollziehbare Wahrheit.

Schaut man sich die Parole der MLPD an, drängt sich natürlich die Frage auf: Wie viele Scheidemänner und Noskes hausen in der MLPD?

Zur Bundestagswahl

Redaktion offen-siv: Am 26. September wird ein neuer Bundestag gewählt

Zunächst bringen wir – wie wir es immer vor den bundesdeutschen Parlamentswahlen gemacht haben – Auszüge aus dem Aufruf zur Wahl der Pariser Commune von 1871.

Wahlaufruf der Pariser Commune 1871:

„Vergesst nicht, dass diejenigen Menschen euch am besten dienen werden, die ihr aus eurer eigenen Mitte wählen werdet, die das gleiche Leben wie ihr führen und die gleichen Leiden ertragen wie ihr.

Hütet euch vor Leuten, die zuviel reden, vermeidet vom Schicksal Begünstigte, denn selten nur will derjenige, der ein Vermögen besitzt, im Arbeiten seinen Bruder sehen.

Wählt eher diejenigen, die sich um eure Stimme nicht bewerben. Der wahre Verdienst ist bescheiden, und es ist die Sache der Wähler, ihre Kandidaten zu kennen und nicht der Kandidaten, sich erst vorzustellen.“¹⁴

Bundestagswahlen laufen anders ab, das wissen wir alle.

Wir rufen dazu auf, die DKP zu wählen. Wir sind zwar in wichtigen Frage mit der DKP nicht einig - wir wollen nur drei nennen: die antimonopolistische Strategie der DKP, die Sozialismusvorstellungen der DKP und die Orientierung der Partei in der Bündnispolitik - aber verglichen mit den anderen Vereinigungen, die zur Wahl stehen, will uns die DKP als die beste Variante erscheinen. Schließlich wählen wir sie nicht als Regierungspartei, sondern als ein Zeichen dafür, dass es in der Bundesrepublik Deutschland noch Kommunisten gibt.

¹⁴ Zitiert nach „Schmetterlinge, Proletenpassion“.

Aus der Leser/innen-Post

Vitali Kovel (aus Gorki, Russland): ...viel Interessantes

Lieber Frank,

zunächst vielen Dank für das Heft 04/2021, das ich am 19.Juni erhalten habe. Ich habe soeben das Heft 03 beendet.

Seit vergangenem Jahr wurde in der Zeitschrift viel Interessantes veröffentlicht.

Das Gespräch Chruschtschow - Ulbricht ist ein wichtiges Dokument. Das Jahr 1961 beinhaltet viele wichtige Ereignisse. Geldumtausch in der SU. Der neue USA-Präsident Kennedy hat einen politischen Kurswechsel mit Dominierung psychologischer Waffen im Kalten Krieg gegen die SU und andere sozialistische Länder gesteuert. Dieser Schlüsselpunkt läutete die Entartung und Vernichtung der KPdSU ein. Die diplomatischen Beziehungen der USA mit Kuba wurden abgebrochen. Brezhnev's Flugzeug wurde über dem Mittelmeer beschossen. Es gab den Mord an P.Lumumba, aber auch Gagarin. Playa-Hiron. Gipfeltreffen Chruschtschow - Kennedy, wo Chruschtschow die DDR-Grenze garantierte. Die USA verstärkten ihre Rüstung. Über 80 Diversions- und Spionageorganisationen der BRD und der Westmächte in Westberlin, die letzte Vorbereitungen zum Überfall. NATO-Alarmbereitschaft in Europe. Der Westen droht mit einem Kernwaffenkrieg. Bald nach dem Gespräch mit W.Ulbricht schickt Chruschtschow Marschall Konev nach Wünsdorf - ein Zeichen für den Westen. Dann der Bau der Berliner Mauer. KPP-Charley. UdSSR, H-Bombe-Test. Der XXII. Parteitag der KPdSU. Die Entfernung Stalin's aus dem Mausoleum. Stalingrad wurde Wolgograd. USA-Operation "Mangust" gegen Kuba.

Sehr nützlich für mich waren die Wirtschaftsanalyse Chinas und Kubas, von denen ich zu wenig wußte.

Aus dem Gelesenen hebe ich die ideologischen Debatten hervor.

Da ist die Rubrik: Geschichte und Gegenwart des „Marktsozialismus“. Und das ganz gerechte und begründete Fazit (03/2021, S.87). Wie lange hat man alten Bast noch zu kauen?!

In den "Schlussfolgerungen" (Kuba-Heft, S.69) steht geschrieben: "Wir brauchen Forschungen über die 'Zeit davor', also über die Sowjetunion spätestens ab Ende des Zweiten Weltkrieges". Es wird wiederholt im Andropow-Heft (S.3) mit dem Interesse für "die Periode, bevor Gorbatschow 1985 zum Generalsekretär der KPdSU gewählt wurde". Man fragt auch, "wie der Sozialismus in der Sowjetunion hätte gerettet werden können"(01/2021 S.7).

"...Und vor allem klärt es nicht, warum erfahrene Bolschewiki nicht das Eindringen des Revisionismus in die Politik ihrer Staaten erkannt und bekämpft haben. Es will mir einfach nicht in den Kopf, wieso sie sich nicht trotz der großartigen Erfolge des Sozialismus einfach über die „Kritik“ der kapitalistischen Sozialismustöter mit Lachen hinweggesetzt haben. Als dann mit der Einführung von Perestroika und Glasnost die Probleme nicht gelöst, sondern verschärft wurden, hatte niemand den Mut, die Notbremse zu ziehen" (Kuba-Heft, S.68).

Danach gibt es noch "einen kleinen Beitrag zur weiteren Klärung". Und Gen.Fritz Dittmar erfährt daraus einiges über die "**Notbremse**".

Ich zitiere aus dem (vierten !) Brief von Dr.phil. T.Khabarova an das Mitglied des Politbüros, den damaligen Vorsitzenden des KGB, J.W.Andropow, vom 5. April 1979: "...anstelle des Marxismus-Leninismus, der eine unbestreitbare ideelle Grundlage der sowjetischen Staatlichkeit bildet, predigt man jetzt bei uns letztlich ein bürgerlich-restauratorisches Bucharinsches Spottbild des Marxismus. Damit wird eine ideologische und politische Diversion von solchem Range, mit solch einer zerstörenden Kraft verübt, daß man, bis jene abgewendet ist, alles Übrige, womit sich in Ihrem Amt beschäftigt wird, ruhig liegen lassen kann, denn allein diese "theoretische Mine“ ist gefährlich genug, mehr als genug (siehe die Lehre aus dem Tschechoslowakei 1968), um den Sozialismus in der UdSSR zum Scheitern zu bringen. Sei es ein Fehler oder durch Schädlingsabsicht entstanden, es ist objektiv die schwerste Sabotage an der Festlegung einer strategischen Konzeption der Entwicklung unseres gesellschaftlichen Systems, es ist der Verlust der Generallinie..."

Das Ganze steht hier im Netz (russisch): <http://cccp-kpss.narod.ru/arhiv/soprobes/1979/andr-5-04-1979.htm>

E.Rasmus: Brücke im taktischen Sinne

Betr.: „Frau Wagenknecht und der deutsche Sozialstaat“ in der offen-siv Nr.6-2021

Die Zitate, die der Autor Karsten Schönsee gegen Sahra Wagenknecht anführt, stimmen natürlich. Wer unter den Kommunisten wöllte sie auch bezweifeln.

Allerdings hielte ich es für sinnvoller, darüber nachzudenken, wie die Autorin der „Selbstgerechten“ - anstatt sich beweihräuchernd unter Kommunisten mit Klassikeraussagen einzuigeln – als Brücke im taktischen Sinne zur zeitweiligen Verbündeten genutzt wird. Zwar hinken Vergleiche immer etwas, jedoch war nach 1945 die Politik der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung richtig, weil sie notwendig war, um Verbündete zu bekommen und um massenwirksam zu werden. Da hätte kaum ein Angestellter etwas von Lenin oder Rosa Luxemburg beziehungsweise Stalin hören wollen.

So prallen heute nach drei Jahrzehnten antikommunistischer Infiltration Aussagen von den zuvor Genannten an den Köpfen eher ab und führen nicht zu dem gewünschten Ergebnis.

Wir können heute nicht den Sozialismus als sofortiges Ziel auf die Tagesordnung setzen, sondern es geht in der Tat zunächst um die Sicherung beziehungsweise um den Versuch der Wiederherstellung bürgerlicher Demokratie.

Und die Worte in der UZ drücken die Wahrheit aus, wenn es über Sahra Wagenknecht heißt: »Sie spricht damit vermutlich immer noch weite Teile des Industrieproletariats, der Landbevölkerung und der „alten Mittelschichten“ an.« Erst die Tatsache, daß die Herrschenden das Grundgesetz zur Makulatur offenkundig machen und sich selbst dabei entlarven wie die sich zur Utopie entblätternde Pflanze der bürgerlichen Demokratie, eben dies läßt weitere Konsequenzen zum Erleuchten der Hirne zu, daß der Sozialismus unumgänglich ist nach der Wahrheit: Sozialismus ist vielleicht nicht alles, aber ohne Sozialismus ist alles nichts. Es kömmt darauf an, sinnvoll taktisch die Strategie zu verwirklichen.

Hermann Jacobs: Zur allgemeinen Bedeutung Stalins für die Geschichte der Menschheit. Zu: Handheft des Agitators, offen-siv 5-2021

In seinem „Handheft des Agitators/Kommunismus für Anfänger“ spricht Willi Franke auch über Stalin – selbstverständlich; er markiert Punkte in der Geschichte der Sowjetunion, in denen Stalin Entscheidungen getroffen hat, hauptsächlich aber im Zusammenhang mit dem Ausbruch des 2. Weltkrieges. Ich möchte einmal ergänzen: Welche *allgemeine* Bedeutung hat Stalin - für die Geschichte der Menschheit an sich? Steht er nicht dafür, dass deren Orientierung, die sie seit mindestens 70, 80 Jahren genommen hat, auf Entscheidungen zurückführt, an denen er maßgebend beteiligt, wenn nicht sogar deren Initiator war?

Mir fallen drei Entscheidungen ein, die unbedingt mit Stalin, seinem Wirken in der Geschichte, zusammenhängen, und bei denen ich mir nicht sicher bin, ob sie ohne seinen Einfluss auch so entschieden worden wären. Ich zähle sie mal auf.

1. Der Anteil der Rüstungsproduktion resp. Entwicklung von moderner Waffentechnik ab den ersten Fünfjahresplänen der Sowjetunion. 2. Die Entwicklung atomarer Waffen und deren Trägersysteme nach dem 2. Weltkrieg, 3. die Chinapolitik der Sowjetunion, an sich, aber insbesondere nach dem 2. Weltkrieg, als es zum Sieg der chinesischen Volksbefreiungsarmee in China kam.

Zu Punkt 1: Im 2. Weltkrieg hat die Sowjetunion gesiegt - und eben nicht der deutsche Faschismus. Aber warum hat sie gesiegt? Mit Budjonnys Reiterarmeen wäre das nicht möglich gewesen. Gesiegt hat die UdSSR nur, weil sie über die modernen Waffensysteme verfügte – mindestens ebenbürtig zu Deutschland (wenn nicht besser). Die Industrialisierungs-Politik ab dem Ende der 20er Jahre – man spricht ja auch von „Stalinscher Industrialisierungs-Politik“ - *enthielt also die besondere waffentechnische Komponente, die das Potenzial für Siege in Kriegen enthält*. Sie erst ab 1939, also in den 2 Jahren bis 1941 zu schaffen als die Kriegsbereitschaft Deutschlands offenkundig wurde, wäre ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. (Der von Franke zitierte Satz Stalins - „sonst fegt uns der Imperialismus von der Landkarte“, stammt ja auch aus dem Jahr 1932, meint also nicht einmal in einem unmittelbaren Sinn

Deutschland, den Faschismus). Durch wen nun ist der besondere Passus in die ersten Fünfjahrespläne gekommen. Es muss nicht allein Stalin gewesen sein, aber ohne ihn auf keinen Fall.

Auf jeden Fall gilt: Gerade durch den Sieg der UdSSR, und nicht durch Deutschland, ist eine allgemeine Orientierung in der Geschichte der Menschheit entstanden. Man stelle sich die allgemeine Orientierung der Nachkriegs-Geschichte bei einem Sieg durch den deutschen Faschismus, also Deutschland, vor. Man muss sich diese beiden Möglichkeiten allgemeiner Weltgeschichte – die in der Anlage der beiden großen kriegführenden Mächte des 2. Weltkrieges gegeben war - gedanklich vorstellen, und dann weiß man um die Bedeutung des Sieges der UdSSR – der eben auch eine *allgemeine Bedeutung der Rolle Stalins für diesen Gang der Weltgeschichte* entspricht. Es geht hierbei nicht darum, wie wir diese Geschichte einschätzen, sondern einzig darum, dass es keine auf den deutschen Faschismus orientierende wurde.

Als Punkt 2. von allgemeiner Bedeutung Stalins für den Gang der modernen Geschichte möchte ich anführen: 1945, vor Beginn der Potsdamer Konferenz, informierte der us-amerikanische Präsident Truman Stalin eher beiläufig, wenn auch absichtsvoll, darüber, dass die USA eine „Bombe von großer Sprengkraft“ besäßen bzw. gezündet hätten. Gemeint war die Atombombe. Stalin soll äußerlich unbeeindruckt reagiert haben. Aber das war wirklich nur äußerlich. In Wahrheit reagierte er umgehend, indem er Beria die Anweisung erteilte, sofort entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die Entwicklung wie den Bau einer sowjetischen Atombombe bzw. weiterer dazu gehörender Waffensysteme zu forcieren. (Analoge deutsche Versuche waren der UdSSR ja nicht unbekannt geblieben, sie waren also nicht absolut unvorbereitet auf diese neue Waffentechnik). 1949 war es dann so weit.

Um die Bedeutung dieses Gleichziehens der UdSSR mit den USA in dieser Frage – und damit für den allgemeinen Verlauf der heutigen Geschichte - genauer beurteilen zu können, muss man sich einmal vorstellen, die USA wären an einen Monopol-Besitz in atomarer Waffentechnik geraten, bzw. die Sowjetunion hätte erst viel später gleichwertige Waffen entwickelt – und später als die USA auch analoge Trägersysteme entwickelt. Wir wären unbedingt (!) an eine andere USA-Politik gegenüber der UdSSR bzw. Weltpolitik der

USA geraten als an jene, an die die USA ... nun notwendigerweise geraten musste.

Es kam auch nicht zum zweiten Monopolismus an Weltpolitik – oder allgemeiner Geschichtsorientierung, der in der modernen Geschichte möglich war.

Auch hier kann, ja muss man von einem maßgebenden Einfluss Stalins, mindestens was das Tempo der sowjetischen Nachrüstung betrifft, sprechen. Die quasi gleichzeitige wie real gleichwertige Entwicklung atomarer Waffensysteme hat zu einem Patt zwischen den USA und der UdSSR – oder auch Russlands bis heute – geführt, und ein Patt in atomarer waffentechnischer Hinsicht ist als die einzige Garantie dafür einzuschätzen, dass der Frieden der Menschheit seit mindestens 70, 80 Jahren erhalten geblieben ist. Also auch eine Geschichte, in denen der Einfluss, damit eine besondere Bedeutung, Stalins zu konstatieren ist.

Drittens möchte ich anführen die besondere China-Politik der UdSSR bzw. Stalins. Das Besonders an dieser Sonder-Politik war natürlich die der KP Chinas, noch genauer: die der chinesischen Volksbefreiungsarmee unter Führung der KP Chinas geleistete Hilfe; darunter sicher auch Hilfe in militärischer Form. Genaueres ist darüber nie in die Öffentlichkeit gelangt. Aber die UdSSR stand auf jeden Fall hinter deren Sieg in China. Eben dadurch kam es aber auch nicht zu einem umgekehrten Sieg: nämlich dem der Kuomintang unter Führung Tschiangkaischeks bzw. der hinter dieser stehenden Kraft - der USA.

China ist nie ein Land im Sinne des Kapitalismus geworden – aber eben dadurch wurde bzw. wird es ein Land im Sinne des Sozialismus/Kommunismus. Die allgemeine Bedeutung dieses auf jeden Fall ungewöhnlichen Prozesses in China besteht darin, dass es an der Südgrenze der UdSSR, aber auch an der des heutigen Russlands zu keiner russlandfeindlichen Macht gekommen. Man stelle sich eine umgekehrte Geschichtsentwicklung in China vor, und man begreift, welche Bedeutung Entscheidungen gewannen, die lange vor dieser Zeit, sagen wir ab den 20er, 30er Jahren in der UdSSR, und dann unmittelbar nach dem Ende des 2. Weltkrieges seitens der sowjetischen Führung, seitens ... Stalin getroffen wurden.

Weltgeschichtlich gesehen kann man davon sprechen, dass die Existenz Chinas – wie aber auch eine Übereinkunft des heutigen Russlands mit diesem

neuen China - die Garantie dafür geworden ist, dass der Menschheit weiterhin keine monopolartige Geschichte durch eine kapitalistische Macht droht, sondern es bei einer sich multilateral ausbildbaren Geschichte der Menschheit bleibt.

Soviel zur allgemeinen Orientierung in der Geschichte unserer Zeit, wie wir sie getrost auch mit der Einflussnahme Stalins auf sie verbinden können.

Vitali Kovel: Nicht nur eine wirtschaftliche Grenze, sondern auch eine ideologische Grenze

Lieber Frank,

das Heft 05/2021 habe ich am 24.Juli erhalten, vielen Dank. Hier gibt's leider noch nichts über den Parteitag. Neulich wurde endlich DRF 06/2021 deblokiert und ich fand dort eine kurze Mitteilung darüber. Schon etwas. Ein bißchen mehr habe ich aus einem Grußwort der KO rausgefischt. Jetzt warte ich auf DRF 07.

In der DRF 06 habe ich über die Schwerpunkte der innerparteilichen Weiterbildung gelesen. Alle drei Schwerpunkte sind inhaltlich mit der Wirtschaft der UdSSR verbunden.

Das Jahr 1953 bedeutet nicht nur eine wirtschaftliche Grenze, sondern auch eine ideologische Grenze. Die Oktoberrevolution, ihre Erfolge und Errungenschaften wurden unter Führung der bolschewistischen Partei Lenins und Stalins durchgeführt.

Nach 1953 wurde diese bolschewistische Linie nicht fortgesetzt, daher die Folgen. Heute schöpfen viele unserer (und nicht allein unserer) Kommunisten ihre Kenntnisse über unsere damalige Zeit und Wirtschaft aus Büchern, Artikeln und Reden der Opportunisten der entarteten KPdSU und sie scheinen wahrscheinlich damit zufrieden zu sein. 30 Jahre blieb unsere Geschichte ohne Stalin, die nächsten 30 Jahre ohne Bolschewiki.

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt